

Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung – Nr. 5

GENDER MATTERS!

ZWISCHEN OHNMACHT UND ERMÄCHTIGUNG:

GENDER IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

FOKUS

GENDER MATTERS! ZWISCHEN OHN-MACHT UND ERMÄCHTIGUNG: GENDER IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

EDITORIAL

Liebe Leser_innen, im Jahr 2014 gab es mehr Kriege als in jedem Jahr seit Beginn des Jahrtausends. Die Anzahl politischer Konflikte liegt insgesamt bei 424, darunter 223 gewalttätige Konflikte und 21 Kriege (Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung). 2015 dürften es kaum weniger sein.

Konflikte haben sich im 20. und 21. Jahrhundert verändert. Sie sind unübersichtlicher geworden, involvieren immer öfter nicht staatliche Akteure und – treffen vermehrt die Zivilbevölkerung. ...

SEITE 07

Im Schatten des Sturms: Kameruns Frauen stellen sich der Gewalt entgegen

An Konfliktherden herrscht in Zentralafrika kein Mangel: Die Zentralafrikanische Republik versucht noch immer, ihre unterschiedlichen ethnischen Gruppen nach einem Blutvergießen ...

SEITE 31

„Dann schließ dich halt ein“ – Flüchtlingsfrauen in Deutschland

„Fluchtschiff“ steht auf der Plane, die das massive Floß, dicke Baumstämme auf Ölfässern, gegen die Sonne schützt. Wenige Meter weiter ein zweites Floß: „Flüchtlingsfrauen werden laut“ heißt es dort.

SEITE 47

Der bewaffnete Konflikt in Syrien und seine unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Frauen

Die syrische Revolution ist nun in ihrem vierten Jahr, doch kaum jemand nennt sie noch so.

SEITE 11

„Jede kämpfende Seite hat ihre eigene Art, Frauen zu quälen“

Interview mit Samar Yazbek. Seit 2011 lebt Samar Yazbek mit ihrer Tochter im Exil. Vor ihrer Flucht engagierte sich die Journalistin und Schriftstellerin in ihrem Heimatland Syrien politisch ...

SEITE 23

Die Demokratische Republik Kongo: Eine Gesellschaft außer Kontrolle

In keinem Land der Welt werden so viele Frauen vergewaltigt wie im Kongo. Aber warum? Nach über 20 Jahren Krieg leiden die Männer an einem regelrechten Bluttausch, die Frauen werden zu Opfern ...

SEITE 37

„Man ist nie sicher in Somalia“

Ein Interview mit der Frauenrechtlerin Fartuun Adan. Nach über 20 Jahren Bürgerkrieg und Zerstörung hat Somalia seit 2012 wieder einen gewählten Präsidenten und eine formelle Regierung. Doch in Bezug auf Frauenrechte gilt Somalia noch immer ...

SEITE 57

RÜCKBLICK

Demografie als Kampfbegriff 1,38 Kinder bekam eine Frau hierzulande im Jahr 2012 laut Statistik. Das ist ein leicht positiver Trend im Vergleich zu 2005. ...

Nicht online sein, geht nicht mehr Das Internet ist eine Erweiterung des öffentlichen Raums, aber auch des privaten Austauschs geworden. ...

Bis nach ganz oben? Frauen in Führungspositionen Die Frauenquote für Aufsichtsräte in den großen DAX-Unternehmen ist beschlossen und kommt 2016. ...

Die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit: International verhandeln, lokal aktiv werden Frauenrechte sind Menschenrechte. Das war die einfache und klare Botschaft, ...

Was wir uns wünschen ... Viele Studien belegen: Die meisten (jungen) Frauen und (jungen) Männer in Deutschland wünschen sich einen Beruf und eine Familie. ...

Weiterhin ein Tabu – Homosexualität in der Türkei Homosexualität ist in der Türkei – von manchen liberalen Vierteln Istanbul abgesehen – weiterhin ein Tabu, ...

Eine Frage der Lohngerechtigkeit! Der Gender Pay Gap wird sich verringern! Dank des Mindestlohns. Das jedenfalls besagen Zahlen ...

SEITE 65

PUBLIKATIONEN

SEITE 105

WIR MACHEN GENDER!

**Das Referat Globale Politik und Entwicklung in der Abteilung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit**

Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

SEITE 111

IMPRESSUM / ANSPRECHPARTNER_INNEN SEITE 124

FOKUS

- 07 Editorial
- 11 Der bewaffnete Konflikt in Syrien und seine unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Frauen
- 23 „Jede kämpfende Seite hat ihre eigene Art, Frauen zu quälen“
- 31 Im Schatten des Sturms: Kameruns Frauen stellen sich der Gewalt entgegen
- 37 Die Demokratische Republik Kongo: Eine Gesellschaft außer Kontrolle
- 47 „Dann schließ dich halt ein“ – Flüchtlingsfrauen in Deutschland
- 57 „Man ist nie sicher in Somalia“

Editorial

Liebe Leser_innen,

im Jahr 2014 gab es mehr Kriege als in jedem Jahr seit Beginn des Jahrtausends. Die Anzahl politischer Konflikte liegt insgesamt bei 424, darunter 223 gewalttätige Konflikte und 21 Kriege (Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung). 2015 dürften es kaum weniger sein.

Konflikte haben sich im 20. und 21. Jahrhunderts verändert. Sie sind unübersichtlicher geworden, involvieren immer öfter nicht staatliche Akteure und – treffen vermehrt die Zivilbevölkerung. Gewalt trifft dabei alle Bevölkerungsgruppen. Frauen und Mädchen jedoch ganz besonders. Doch nur selten erfährt die Öffentlichkeit etwas über die Situation von Frauen in bewaffneten Konflikten. Die Entführung von 300 Schulumädchen in Nigeria durch die islamistische Terrorgruppe Boko Haram und die daraus resultierende Kampagne in den sozialen Netzwerken unter dem Schlagwort #bringbackourgirls war einer dieser Momente in den letzten Jahren. Die Berichterstattung zum Schicksal der Jesidinnen im Irak, die vom selbst ernannten „Islamischen Staat“ verschleppt wurden, ein anderer.

Nur selten sind Frauen diejenigen, die Waffen tragen und Konflikte schüren. Sehr viel häufiger sind sie die ersten Opfer von Kriegen. Und sexuelle Gewalt gegen sie setzen die Konfliktparteien nicht selten gezielt als Mittel der Kriegsführung ein, zur Demoralisierung des Gegners.

Diese fünfte Ausgabe von „Gender matters!“, dem geschlechterpolitischen Infobrief der Friederich-Ebert-Stiftung (FES), richtet den FOKUS auf einige dieser Konflikte und beleuchtet die Genderaspekte – zwischen Ohnmacht einerseits und Ermächtigung von Frauen andererseits.

Syrien steht dabei beispielhaft für einen Konflikt, der Millionen Menschen zur Flucht gezwungen hat. Die meisten von ihnen leben nun in Flüchtlingslagern in der Region, einige Tausende sind als Kontingentflüchtlinge auch nach Deutschland gekommen.

In ihrer Analyse zeigt die syrische Menschenrechtsaktivistin Laila Alodaat, die schon mehrfach mit der FES zusammengearbeitet hat, welche vielschichtigen Konsequenzen dieser furchtbare Konflikt für Frauen hat. Samar Yazbek, eine der bekanntesten syrischen Oppositionellen im Exil, macht im Interview deutlich, wie bitter die Entwicklung in ihrem Heimatland gerade auch für politisch aktive Frauen ist.

Neben den Konflikten, über die in unseren Medien berichtet wird, gibt es viele, von denen wir nur noch selten oder gar nicht hören. Nicht wenige davon finden sich in Afrika. Unser zweiter Schwerpunkt innerhalb des FOKUS beschäftigt sich daher mit der Situation im (Ost-)Kongo sowie mit der Perspektive eines relativ friedlichen Landes – Kamerun – in einer u. a. durch Boko Haram in heftige Unruhe versetzte Region.

Wie ergeht es Flüchtlingsfrauen, wenn sie es bis nach Deutschland schaffen und hier Asyl beantragen? Auch dieser Frage möchten wir in unserem Schwerpunktthema nachgehen. Ohne groß vorzugreifen, kann gesagt werden: Unser Asylsystem ist auf die Schicksale und Problemlagen von weiblichen Flüchtlingen kaum eingestellt

Zum Abschluss stellen wir Ihnen im Interview eine Frau vor, die mit ihrem Engagement und ihren Erfolgen zeigt, dass Frauen ganz sicher nicht pauschal in der passiven Opferrolle zu sehen sind. Fartuun Adan ist Trägerin des FES-Menschenrechtspreises 2014 und arbeitet in einem der gefährlichsten Länder der Welt, in Somalia, für Menschen- und Frauenrechte. Ihre Arbeit zeigt außerdem: Um Frieden zu erreichen und zu sichern, müssen Frauen miteinbezogen und gestärkt werden. Gleichzeitig muss den Männern einer Gesellschaft eine andere Lebensperspektive als das Ausüben von Gewalt eröffnet werden.

In den Artikeln im FOKUS wird Ihnen immer wieder die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates begegnen. Dieser Meilenstein der internationalen Frauenrechte feiert 2015 sein fünfzehntes Jubiläum. Zentral in der Resolution ist der Schutz der Frauenrechte in Konfliktsituationen, aber auch die Dimension des Empowerments. Beobachter_innen merken immer wieder an, dass diese Resolution bisher vor allem symbolische Wirkung entfaltet hat, jedoch wenn es konkret darauf ankommt – beim Management, bei der Lösung von Konflikten und schließlich während der Konsolidierungsphase nach Abklingen eines heißen Konflikts –, außen vor bleibt.

Und dass, obwohl viele Studien zeigen, dass demokratische und geschlechtergerechte Staaten sehr viel weniger anfällig sind für (Bürger-)Kriege, bewaffnete Konflikte und Menschenrechtsverletzungen. Die Stärkung von Frauen und ihren Interessen während und vor allem nach einem Konflikt ist daher eine wichtige Präventionsmaßnahme, um weitere Konflikte zu verhindern.

Hier muss sich in den Köpfen derer, die momentan in der Außenpolitik den Ton angeben, noch einiges tun. Auch Deutschland könnte Einfluss darauf

nehmen, dass Frauen und ihre Interessen stärker als bisher (oft überhaupt zum ersten Mal) an den internationalen Verhandlungstischen vertreten sind. In Schweden hat eine Beauftragte für feministische Außenpolitik ein Auge darauf, dass Genderaspekte in der Außenpolitik Berücksichtigung finden. Dies erfuhr das erstaunte Publikum im Juni bei der FES-Veranstaltung „Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Was können Schweden und Deutschland tun?“. Es gilt Wege zu finden, um sicherzustellen, dass Genderaspekte in der Außen-, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigt werden. Das ist und bleibt in den meisten Ländern noch immer eine Herausforderung. Politiker_innen wie der Beauftragte für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung, Christoph Strässer, – engagierter Podiumsgast bei gleich zwei FES-Veranstaltungen zum Thema Gender und Konflikt in diesem Jahr – möchten sich dieser jedoch stellen. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren denkt er konkret darüber nach, wie Frauen und Mädchen in Konfliktsituationen geschützt und gestärkt werden können. Diese Entwicklung macht Mut, dass auch Deutschland beim Thema Gender in bewaffneten Konflikten zukünftig nachhaltiger und mutiger agieren wird.

Zusätzlich zum FOKUS finden Sie in dieser Ausgabe von „Gender matters!“ wie immer die Rubrik RÜCKBLICK zur genderthematischen Arbeit der FES der letzten Monate. Über anstehende TERMINE und neue PUBLIKATIONEN mit Genderbezug informieren wir Sie in den namensgleichen Rubriken. Wie in jeder Ausgabe möchten wir Ihnen zeigen, wer in der FES zu geschlechterpolitischen Themen arbeitet: Unter WIR MACHEN GENDER stellt sich diesmal der entsprechende Arbeitsbereich im Referat Globale Politik und Entwicklung vor.

Eine interessante Lektüre wünscht

Susan Javad

Redakteurin von „Gender matters!“



Diese Frau hat es geschafft. Sie ist bis nach Griechenland gekommen. Viele andere bleiben in Syrien oder in den Flüchtlingslagern der Region zurück – Foto: Reuters

Der bewaffnete Konflikt in Syrien und seine unverhältnis- mäßigen Auswirkungen auf Frauen

Die syrische Revolution ist nun in ihrem vierten Jahr, doch kaum jemand nennt sie noch so.

Das syrische Regime scheute keine Mühen, den friedlichen Aufstand, der Freiheit und Würde einforderte, in einen bewaffneten Konflikt zu verwandeln. Der Grund war, dass es befürchtete, die Erfüllung der berechtigten Forderungen des Volkes könnten in der Konsequenz zum Ende seiner über 40-jährigen autoritären Herrschaft führen.

Was als Aufstand für Freiheit und Menschenrechte und gegen eine brutale Diktatur begann, hat sich rasch zu einem furchtbaren bewaffneten Konflikt entwickelt. Ursache dafür waren, neben anderen Faktoren wie der unkontrollierten Lieferung von Waffen an verschiedene Konfliktparteien und dem Fehlen konkreter internationaler Reaktionen, die notorischen Unterdrückungsmechanismen des Regimes.

Zurzeit kontrollieren drei bewaffnete Hauptakteure Territorien und Ressourcen: Das von Russland und dem Iran unterstützte Assad-Regime, bewaffnete oppositionelle Milizen mit unterschiedlichen Graden an Organisation und finanzieller Unterstützung sowie der selbst ernannte „Islamische Staat“. Gleichzeitig werden Millionen syrischer Zivilist_innen mit den unaussprechlichen Folgen des Konflikts alleine gelassen: Sie tauchen nicht in den Nachrichten auf, sitzen nicht am Verhandlungstisch und werden an keinen Entscheidungen beteiligt.

Mit mehr als 200.000 Toten und vier Millionen Flüchtlingen verschärft dieser Konflikt die schon fragile Situation der ganzen Region. Frauen und Mädchen sind schrecklichen Tragödien ausgesetzt und erleiden systematische Ungerechtigkeiten. Auch die langfristigen Konsequenzen der Gewalt und der Militarisierung treffen sie schwer und überproportional.

Während der Konflikt andauert und sich in immer neue Regionen ausbreitet, werden wir Zeug_innen davon, wie die Gesellschaft sich in einen primitiven Zustand zurückentwickelt. Durch die Weiterverbreitung von Waffen, den Zusammenbruch der Justiz und die Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit entsteht eine überbordende Gewaltkultur, die Frauen ihrer Rechte beraubt und ihre hart erarbeiteten sozialen Errungenschaften zunichte macht.

Die systematische Diskriminierung von Frauen im Gesetz und im Alltag, dazu eine Kultur, die ihre Herabsetzung im Rahmen von Traditionen erlaubt, während ihre physischen und psychosozialen Bedürfnisse vernachlässigt werden, hat syrische Frauen schon seit Jahrzehnten geschwächt und benachteiligt.

Als der Aufstand gegen das Assad-Regime begann, waren Frauen an der Spitze dieser Bewegung und das setzte sich während des Umbruchs fort. Mit der Eskalation der Gewalt „verschwanden“ diese Frauen dann nach und nach. Entweder im wahrsten Sinne des Wortes durch Internierung, Tötung und Vertreibung oder implizit, indem ihnen ihre Rechte auf Freizügigkeit, Bildung und Arbeit vorenthalten wurden.

Jene Frauen, die in Syrien geblieben sind, leiden unter den Konsequenzen des Blutvergießens insbesondere in fünf wichtigen Bereichen:

Die weit verbreitete Verwendung von Waffen

In seinem Kampf gegen den Aufstand wendete das syrische Regime eine Reihe von Maßnahmen an: Es entließ verurteilte extremistische Gewalttäter aus den Gefängnissen und machte gezielt Jagd auf Friedensaktivist_innen, Anwält_innen und politische Schlüsselfiguren, die zu unbewaffneten Protesten aufgerufen hatten, um zivilgesellschaftliche und rechtliche Reformen zu fordern. Solche Handlungen, in Verbindung mit aggressiver Repression, Missbrauch, Folter und dem Einsatz von Propaganda, resultierten in einer wachsenden Verbreitung von Waffen unter Zivilisten. Diese Waffen dienten einerseits als Werkzeuge der Aggression oder der Selbstverteidigung und wurden andererseits zu einem Mittel, um das Recht in die eigene Hand zu nehmen.

Und obwohl auch Handfeuerwaffen auf Frauen einen verheerenden Effekt haben, da sie zumeist die Opfer und nicht die Täter von Verbrechen sind, die mit solchen Waffen verübt werden, bleibt doch die größte Gefahr der massive Gebrauch von Sprengkörpern. Seit Beginn des Aufstands 2011 starben 53 Prozent aller Zivilisten durch Sprengkörper und als Ergebnis der Verdopplung des Einsatzes solcher Waffen durch das Assad-Regime im Jahr 2014 kamen 35 Prozent aller Opfer (76.000 von geschätzten 220.000 Toten) allein in diesem Jahr ums Leben. Fast die Hälfte aller Opfer von Explosivwaffen, die es zwischen 2011 und 2013 weltweit gab, verlor ihr Leben in Syrien. Besonders dramatisch ist die Situation bei Mädchen: 74 Prozent der Todesopfer in dieser Gruppe starben durch Sprengkörper, 17 Prozent durch den Gebrauch von Handfeuerwaffen.

Neben der Zahl an Todesopfern haben Sprengwaffen in bewohnten Gebieten auch erhebliche Auswirkungen auf die Krankenversorgung, da notwendige



Die Zerstörung durch schwere Waffen ist in Syrien massiv und trifft in der Mehrzahl Zivilist_innen – Foto: Reuters

Infrastruktur, wie Krankenhäuser, zerstört werden. Ihr Einsatz führt außerdem zur generellen Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Das trifft vor allem im syrischen Kontext zu, wo Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen und dessen Personal durch die verschiedenen Kriegsparteien zu einem üblichen Mittel geworden sind. Eine Veröffentlichung der Nichtregierungsorganisation Physicians for Human Rights vom 18. Juni dieses Jahres zeigt, dass alleine im Mai 2015 mindestens 15 unterschiedliche Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen gemeldet wurden.

Für Frauen bedeutet der fehlende Zugang zu Angeboten der Geburtshilfe oftmals ein Todesurteil, zumal in Gegenden, in denen die Müttersterblichkeit bereits von vornherein sehr hoch ist. Aktuelle Informationen zur Müttersterblichkeit in Syrien sind nicht verfügbar, aber die UNO-Unterstützungsmission im Irak (UNAMI) meldete, dass 80 Prozent der Müttersterblichkeit dort durch einen verbesserten Zugang zu Gesundheitsversorgung während der Schwangerschaft, der Geburt und der Wochenbettperiode hätten verhindert werden können. Mit Sicherheit sind ähnliche, wenn nicht schlimmere Zahlen auch auf Syrien anwendbar.

Es ist darüber hinaus wichtig anzumerken, dass die Überlebenden von Sprengstoffattacken an Langzeitfolgen wie Behinderungen, psychologischen Schäden und dadurch bedingt an sozialer und wirtschaftlicher Exklusion leiden. Das betrifft Frauen in besonderem Maße in einer Gesellschaft, in der sie ohnehin weniger Möglichkeiten und mehr Beschränkungen erfahren und ihre Handlungsfreiheit im Vergleich zu Männern sowieso schon begrenzt ist.

Das Versagen der Rechtsstaatlichkeit

Im Verlauf des bewaffneten Konflikts ist die sowieso schon heikle Rechtsstaatlichkeit komplett zusammengebrochen. Das geschah zuerst, als das syrische Regime die Justiz mittels einer Kombination verfassungswidriger Gesetze und militärischer Schnellgerichte in ein Unterdrückungswerkzeug verwandelte. Und das geschah auch danach, als das Regime den berüchtigten Sicherheitsdiensten unbegrenzte Machtbefugnisse übertrug, die stolz sind auf ihren furchtbaren Ruf in Sachen Folter, Missbrauch und dafür verantwortlich zu sein, dass die Besten und Klügsten auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Dieses Versagen der Rechtsstaatlichkeit führte dazu, dass Waffen und Gewalt noch mehr Macht über jene erhielten, die selbst keinen Zugang dazu haben (Frauen, Kinder, ältere Zivilist_innen, Menschen mit Behinderung) oder die keine Gewalt anwenden wollen (wiederum Frauen, Pazifist_innen etc.), was sie marginalisiert, machtlos und ohne Zugang zu ihrem Recht zurücklässt.

Seit der Staat es völlig aufgegeben hat, seine Bürger_innen zu schützen und für Gerechtigkeit und Sicherheit in der Gesellschaft zu sorgen, sind Waffen zur einzigen Quelle von Macht und Gesetz geworden. Da diese grundsätzlich nur für Männer verfügbar sind, blieben syrische Frauen ohne Macht und Schutz und wurden von aktiven Inhaberinnen von Rechten zu Objekten, die den Schutz von Männern brauchen, was männliche Stereotypen bekräftigte, die Männern wie Frauen schaden.

Auch führte die Tatsache, dass syrische Frauen ihre Nationalität nicht an ihre Kinder weitergeben können, zu tausenden von Fällen, in denen Frauen nicht vor Gewalt fliehen oder sich aus andauernder Gewalt in Sicherheit bringen konnten, weil ihre nicht-syrischen Kinder andere Visa und Einwanderungsbestimmungen für die Nachbarländer haben als sie selbst.

Diese Bedrohung verstärkt sich noch dadurch, dass die diskriminierenden Familienstandgesetze Frauen kein Sorgerecht über ihre Kinder einräumen und ihnen auch nicht das Recht zubilligen, über deren Lebensgrundlagen ohne die Zustimmung des Vaters und in dessen Abwesenheit die eines seiner männlichen Verwandten oder eines Richters zu entscheiden.

Schließlich setzen auch Traditionen Frauen viele Grenzen, wenn es darum geht außerhalb des Hauses zu arbeiten. Die weite Verbreitung von Waffen und der Einsatz von Sprengkörpern in bewohnten Gebieten erschweren die Bewegungsfreiheit von Frauen zudem erheblich. Diese Einschränkungen werden absolut, wo sexuelle Gewalt zur Kriegswaffe wird. Die eigenen vier Wände werden so de facto zum Gefängnis.

Die Befähigung von Frauen setzt das Wahrnehmen und die Kriminalisierung von genderbasierten Taten voraus und braucht einen ganzheitlichen Ansatz, um die fehlende Strafverfolgung der Verbrechen zu bekämpfen, die von allen beteiligten Gruppen an der Macht begangen werden. Um mit diesen Verbrechen umzugehen, muss über die reine Strafverfolgung hinaus eine Kultur der Reform, der Entschädigung und Rehabilitation etabliert werden. Nur ein Ansatz im Rechtswesen, der die Opfer in den Mittelpunkt stellt, wird den Raum für Rehabilitation, soziale und psychosoziale Unterstützung, Befähigung und Wachstum für Männer wie Frauen ermöglichen.

Kriegswirtschaft und neue finanzielle Belastungen für Frauen

Der Syrien-Konflikt ist ein weiteres Beispiel dafür, wie wenig die Gewalterfahrungen von Frauen von den neuen Rollen getrennt werden können, die eine neu entstehende Kriegswirtschaft ihnen diktiert.

Vor dem Aufstand hatten syrische Frauen trotz großer Benachteiligung durch Gesetze und Traditionen Männer bei den sekundären und tertiären Bildungsabschlüssen überflügelt. Das allerdings führte nie zu einer größeren Partizipation an Entscheidungsprozessen, obwohl Frauen einen großen Anteil der bezahlten und fast ausschließlich die gesamte unbezahlte Arbeit erledigen. Laut dem syrischen Statistikbüro waren 2011 nicht mehr als 16 Prozent der formal arbeitenden Bevölkerung Frauen, dabei stellten sie 50 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (allerdings großen Teils unbezahlt und für männliche Familienangehörige, denen das Land und das Einkommen gehört) und 68 Prozent der im Dienstleistungssektor Arbeitenden (der am niedrigsten entlohnten Industrie des Landes) während sie in Parlament (14,2 Prozent), Justiz (13,38 Prozent) und in der akademischen Welt (20 Prozent) unterrepräsentiert blieben.



*Diese Menschen in Idlib haben Glück gehabt. Sie haben Nahrungsmittel aus einem Not-
hilfeprogramm bekommen. Viele andere Menschen in Not im Land gehen aber leer aus –
Foto: Reuters*

Die bewusste Auswahl von Zivilist_innen und Wohngebieten als Angriffsziele von Bombardements und ähnlich zerstörerischen Mitteln durch das syrische Regime führten zu einer weitreichenden Zerstörung der Infrastruktur, während gleichzeitig der enorme Anstieg der Militärausgaben und der darauffolgende Zusammenbruch traditioneller Einkommensquellen und der lokalen Währung zur Ausbildung eines Kriegshandels führten, der klassische männliche Konstruktionen erzwang und zu einer Kriegswirtschaft führte. Das brachte für Frauen eine Reihe neuer Belastungen als Haushaltsvorstände einerseits und hauptsächliche Betreuerinnen einer großen Anzahl von Kindern, Senior_innen und Waisen andererseits. Dadurch wurden ihre Rechte auf Arbeit, Bildung und Freizügigkeit fast vollständig ausgehebelt.

Mit 12,2 Mio. Menschen, die humanitäre Unterstützung brauchen, 7,6 Mio. Menschen, die innerhalb des Landes gewaltsam vertrieben wurden, und 4 Mio. registrierten Flüchtlingen (Statistik des UN-Amtes für die Koordination humanitärer Angelegenheiten, März 2015) und nur 15 Prozent der benötigten Mittel vor Ort (1.135.217.169 US\$ erhalten, 7.426.692.851 US\$ benötigt) ist Syrien zu einem Paradebeispiel für die Feminisierung von Armut geworden. Frauen bilden die Mehrheit armer Menschen nicht allein aufgrund fehlender Einkommen und Arbeitsmöglichkeiten sondern auch aufgrund des fehlenden Zugangs zu Produktivressourcen und Benachteiligungen im Recht und seiner Praxis aufgrund ihres Geschlechts.

Partizipation

Die Präsenz von Frauen in der Politik und als Entscheidungsträgerinnen in Regierung und gesetzgeberischen Strukturen führt dazu, dass neue politische Prioritäten und neue Themen auf die politische Agenda gesetzt werden. Die geschlechtsspezifischen Anliegen, Werte und Erfahrungen von Frauen finden so Berücksichtigung und machen neue Perspektiven auf politische Mainstream-Themen möglich. Das gilt auch für bewaffnete Konflikte, wie unter anderem die Resolution 1325 des UN Sicherheitsrats bereits im Jahr 2000 deutlich gemacht hat.

Syrische Frauen haben gezeigt, dass sie über weitreichende Fähigkeiten verfügen, wenn sie mit den entsprechenden Freiräumen und Wahlmöglichkeiten ausgestattet sind. Im Januar 2014 fanden syrische Frauen unterschiedlicher politischer Lager und Hintergründe zusammen, um die „Initiative syrischer Frauen für Frieden und Demokratie“ zu gründen. Ihr Ziel ist es, sich an einem Friedensprozess zu beteiligen, um das sofortige Ende der Kampfhandlungen zu erreichen, die Belagerung von Wohngebieten zu beenden, politische Gefangene freizulassen, die effektive Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung sicherzustellen sowie im Verhandlungsprozess und in einer Übergangsperiode zu ermöglichen. Sie haben außerdem angeboten, eine Beobachterinnen-Delegation zu den Genf-II-Verhandlungen zu entsenden, um sicherzustellen, dass die Forderungen und Erfahrungen syrischer Frauen dort respektiert werden.

Das von der Initiative veröffentlichte Dokument erwies sich als das ausgewogenste, am meisten inkludierende, und an den Interessen von Zivilist_innen orientierte Dokument seit Beginn des syrischen Aufstands. Nichtsdestotrotz haben es die UN-Gesandten für Syrien, einer nach dem anderen, bis heute nicht geschafft, ihrer versprochenen Unterstützung Taten folgen zu lassen. Bis heute nehmen syrische Frauen an den formalen Verhandlungen nicht teil.

Frauen spielen auch bei den oppositionellen Gruppen nur eine marginale Rolle und ihre Anliegen bleiben nebensächlich. Diese Marginalisierung hat verheerende Konsequenzen: das Fehlen von Gender-Aspekten und die Abwesenheit der Erfahrungen von Frauen in den entstehenden Politikvorschlägen, die Betonung von Bewaffnung und Militarisierung anstelle von Entwicklung, Konfliktlösung und Wiederherstellung des Friedens.

Fazit

Ein nachhaltiger Frieden in Syrien kann ohne die aktive Beteiligung von Frauen und die Berücksichtigung ihrer Sichtweisen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung nicht erreicht werden.

Wir können es uns nicht leisten auf eine Lösung des Konflikts zu warten, um erst im Anschluss seine verheerenden Konsequenzen für Frauen einzudämmen. Es ist zwingend, dass alle Seiten damit aufhören, die effektive Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen zu gefährden, sei es bei den Verfassungs- und Gesetzgebungsorganen, temporären oder permanenten lokalen Gremien, der Justiz, örtlichen Gerichten, dem Rechtsvollzug und den Polizeibehörden. Nationale und internationale Organisationen müssen sich den Problemen von Frauen annehmen und sich ihre Erfahrungen zunutze machen. Sie müssen effektive Maßnahmen ergreifen, um Frauen zu unterstützen und ihre Rechte wiederherzustellen, damit sie vollwertig und substantiell teilhaben können, sei es als Individuum oder als Gruppen oder Initiativen. Zu nicht weniger ruft die UN-Resolution 1325 auf, die alle Konfliktparteien drängt, Frauen in die Begrenzung und Lösung bewaffneter Konflikte einzubeziehen.

Etwas Positives sei zum Schluss vermerkt: Das letzte Jahrhundert hat bewiesen, dass Frauen, im Unterschied zu Nationen, schnell und stetig voranschreiten, wenn sie nicht länger durch Gewalt daran gehindert und von Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Syrische Frauen werden den großartigen Beispielen von Frauen in Ruanda, Bosnien, Ost-Timor, Palästina, Liberia, Afghanistan, Sudan und Südsudan folgen, wo unzählige sich für ein Ende der Gewalt in ihren Ländern eingesetzt haben und sich über die Grenzen von „Rassen“, Ethnien, Religionen und politischen Lagern hinweg zusammengeschlossen haben. Ihr gemeinsames Ziel: Das Ende des Militarismus, des Extremismus und der Ungerechtigkeit.

*Autorin: LAILA ALODAAT;
übersetzt aus dem Englischen von Dirk Ludigs.*



Die Syrerin Laila Alodaat ist Anwältin für Menschenrechte und Autorin dieser Analyse – Foto: privat

Über die Autorin

Laila Alodaat ist eine syrische Menschenrechtsanwältin mit Schwerpunkt Internationales Recht in bewaffneten Konflikten. In ihrer Arbeit hat sie sich auf die internationale Rechenschaftspflicht und den Schutz von Zivilist_innen und marginalisierter Gruppen spezialisiert. Sie ist außerdem Trainerin für das Thema internationale Menschenrechte und hat zu verschiedenen Konflikten gearbeitet, darunter Syrien, Libyen, Irak und Pakistan. Zurzeit arbeitet sie am Krisenreaktionsprogramm der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und ist außerdem die Vorsitzende des „Syria Justice and Accountability Centre“.



Die Journalistin und Schriftstellerin Samar Yazbek kommt selbst aus einer alawitischen Familie. Für sie dennoch kein Grund, das Regime des Alawiten Baschar al-Assad in ihrer Heimat Syrien zu unterstützen. Der Preis für ihr politisches Engagement ist das Exil – Foto: Muhsin Akgün

„Jede kämpfende Seite hat ihre eigene Art, Frauen zu quälen“

Interview mit Samar Yazbek

Seit 2011 lebt Samar Yazbek mit ihrer Tochter im Exil. Vor ihrer Flucht engagierte sich die Journalistin und Schriftstellerin in ihrem Heimatland Syrien politisch gegen das Regime von Baschar al-Assad.

Ende August erscheint ihr neues Buch „Die gestohlene Revolution. Reise in mein zerstörtes Syrien“ (Nagel & Kimche). Wie zerstört und zerrüttet ihre Heimat tatsächlich ist und wie sich diese Umstände auf die Syrerinnen auswirken, umreißt Samar Yazbek im Interview.

FES: Nach massiven Einschüchterungen mussten Sie Ihr Heimatland 2011 verlassen und leben nun im Exil in Frankreich. In welches Syrien möchten Sie zurückkehren und wie schätzen Sie die Aussichten ein, dass eine Rückkehr für Sie in den nächsten Jahren möglich ist?

Samar Yazbek: Hätte ich die Wahl, würde ich sofort nach Syrien zurückkehren. In ein Syrien, von dem wir geträumt haben und für das wir vor vier Jahren, im März 2011, friedlich auf die Straße gegangen sind, in ein demokratisches, vereintes und ziviles Syrien.

Nachdem die Revolution zu einem internationalen und regionalen mörderischen Krieg geworden ist, radikale dschihadistische Bataillone ins Land drangen und der Islamische Staat (IS) auf den Plan trat, scheint es jedoch unmöglich zu sein. Die Verwirklichung dieses Traums liegt heute in weiter Ferne.

Was aber die Chancen einer Rückkehr betrifft, so hängt das sicher davon ab, ob die Welt die syrische Tragödie ernsthaft in den Blick nimmt. Bisher war sie blind für die Verbrechen des Regimes von Baschar al-Assad gegen das syrische Volk, und nun ist sie blind gegenüber der deutlichen Teilung und Zersplitterung der Gesellschaft.

Syrien besteht mittlerweile aus verschiedenen Teilen, die sich gegenseitig zerfleischen und bekämpfen und in denen zum einen die Radikalen herrschen, zum anderen das Assad-Regime. Selbst wenn es von außen für die Welt so aussehen mag, als ginge die größte Gefahr vom IS aus, so denke ich, dass die einzige Möglichkeit einer Rückkehr für mich und die Millionen geflohener Syrer_innen im Sturz des Assad-Regimes liegt sowie in der Bekämpfung der Dschihadisten und ihrer Vertreibung vom syrischem Territorium. Wenn ich sehe, wie mein Land zu einem Ort wird, an dem fortwährend Massaker verübt werden und wo die Armen den Preis bezahlen, weil sie für nichts und wieder nichts sterben, befällt mich ein Gefühl von Wut und von Kummer.

FES: Sie sind in den vergangenen Jahren immer wieder heimlich nach Syrien gereist. Wie ergeht es den syrischen Frauen, die im Land geblieben sind? Gibt es noch Möglichkeiten des politischen Engagements?

Samar Yazbek: Die Situation ist entsetzlich – für Männer, Frauen und Kinder. Aber für die Frauen ist es noch schwieriger, weil ihnen die allerwichtigste Aufgabe obliegt, den Lebensunterhalt zu sichern. Die Männer sind in den Kampf gezogen, und die Kinder und Alten müssen von den Frauen versorgt werden.

Aber nicht nur das. Aus der Luft werfen die Flugzeuge des Assad-Regimes ohne Unterlass Fassbomben ab, was schreckliche Massaker zur Folge hat. Andererseits machen die radikalen Dschihadisten den Frauen das Leben schwer, denn sie dürfen sich im öffentlichen Raum nicht zeigen. Ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt, so dass sie nur zu Hause arbeiten können. Oder sie werden sogar getötet, wie eine Frau im Umland von Idlib, die von der Nusra-Front (einer al-Qaida zugehörigen dschihadistische Gruppierung) umgebracht wurde, weil sie angeblich Ehebruch begangen hatte.

Dazu kommt, dass sie ohne Strom und Wasser leben, nicht ausreichend Lebensmittel zur Verfügung haben, und, nachdem die Häuser zerstört wurden, wie die meisten Menschen im Umland von Idlib zu Flüchtlingen wurden ... kurz gesagt, es ist die Hölle! Man kann keinen anderen Gedanken fassen als: Wie wird das Leben weitergehen und wie bleibt man selbst am Leben?

Während meines Aufenthalts dort sah ich aber trotz allem, wie die Frauen regionale Initiativen gründeten, um weiterzuleben und für ihre Kinder zu sorgen, Initiativen, um sich für die Gesellschaft einzusetzen und am öffentlichen Leben teilzuhaben. Sie unterrichten die Kinder, sie bringen ihnen bei, sich der Gewalt entgegen zu stellen, und sie unterstützen sie seelisch. Die Frauen lernen trotz des Krieges lesen und schreiben, sie lernen Sprachen, die Computernutzung und die Behandlung von Verletzten. Außerdem haben sie kleine Wirtschaftsprojekte ins Leben gerufen, die ihnen den Lebensunterhalt garantieren, und das trotz der Belästigungen, die sie durch ihr Umfeld erfahren.

Seit Kurzem gibt es das Problem der frühzeitigen Heirat. Das gab es zwar schon früher, hat sich aber nun zugespitzt, so dass Kindsheiraten Alltag geworden sind. Genauso die Heirat mit radikalen ausländischen Kämpfern.

Über die Frauen in Syrien kann ich wirklich nur sagen, dass sie außergewöhnliche Heldinnen sind. Sie trotzen dem Tod durch Raketen und Fassbomben genauso wie den Dschihadisten und den schwierigen Lebensumständen.

Was die Frage nach dem politischen Engagement betrifft, so muss man sagen, dass Politik in einer Gesellschaft, die einen so langen Krieg erlebt, praktisch nicht existent ist. In den Initiativen wird aber fortwährend darüber nachgedacht, was man tun kann, um sich unter solch schwierigen Bedingungen weiter zu entwickeln.

FES: In den westlichen Medien ist viel über die Gräueltaten des so genannten „Islamischen Staat“ (IS) berichtet worden. Müssen Frauen sich zu Recht besonders vor dem IS fürchten oder sind die anderen Kriegsparteien in dieser Hinsicht als ebenso abscheulich einzuschätzen?

Samar Yazbek: Was der IS mit den Syrern und besonders den Frauen macht, ist fast unmöglich zu beschreiben. Aber das betrifft nicht nur den IS, sondern auch die anderen dschihadistischen Gruppierungen. Die Frau ist für sie die Ausgeburt des Teufels und der Sünde. Die Beziehung zu den Frauen beruht auf der barbarischen Annahme, dass sie in der Gesellschaft verborgen werden müssen. Sie werden ausschließlich als sexuelles Wesen behandelt, Wesen ohne Verstand und Gefühle.

Und wenn es nach außen hin auch so scheinen mag, dass der IS dem öffentlichen Leben in Syrien die Verschleierung des Körpers und des Verstands aufzwingt, so gibt es noch einen Schleier anderer Art: den des Assad-Regimes, das die Frauen als Gewaltmittel gegen die Demonstranten missbrauchte. Das syrische Regime zwingt den Frauen zwar kein Kopftuch auf, foltert aber die in seinen Gefängnissen inhaftierten Frauen und nutzt die Vergewaltigung als Druckmittel gegen sie.

Jede der kämpfenden Seiten hat ihre eigene grausame Art, die Frauen zu quälen. Sie unterscheidet sich allerdings entsprechend der Situation der Frauen innerhalb ihrer sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Schicht.

FES: Mittlerweile leben viele syrische Aktivistinnen notgedrungen im Ausland. Welche Verbindungen bestehen über die Ländergrenzen hinweg und wie versuchen diese politisch aktiven Frauen Einfluss auf die Entwicklungen in ihrer Heimat zu nehmen?

Samar Yazbek: Die Aktivistinnen sind vor der Verfolgung durch die Sicherheitskräfte von dort geflohen, wo die Assad-Armee und seine Geheimdienstapparate das Sagen haben. Sie haben in den syrischen Gefängnissen Schreckliches erlebt. Einige der Aktivistinnen haben versucht, damals, als die Freie Syrische Armee (Zusammenschluss gemäßiger Anti-Assad-Milizen, offizieller Arm der syrischen Exil-Regierung) begann, Ortschaften vom Assad-Regime zu befreien, in den Norden zurückzukehren.

Doch als die dschihadistischen Gruppierungen ins Land kamen und begannen, die zivilen Aktivistinnen und Aktivisten zu verhaften und zu töten und den Frauen das Tragen des Schleiers mit Waffengewalt aufzuzwingen, sind sie erneut geflohen. Viele von ihnen haben einen Weg ins Ausland gefunden. Von dort aus dokumentieren sie die vom Assad-Regime und dann vom IS und anderen dschihadistischen Gruppen begangenen Kriegsverbrechen.

Sie haben auch versucht, der Welt mitzuteilen, was in ihrem Land passiert, sie schrieben Artikel, in denen sie die komplexe Situation in Syrien zu erläutern versuchen, sie trafen sich mit Vertretern von Staaten und Unterorganisationen der Vereinten Nationen, sie beteiligten sich an der Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um eine Brücke zwischen dem Inland und dem Ausland herzustellen.

Allerdings muss man einräumen, dass sowohl ihr Einfluss sowie der der zivilen und politischen Bewegung schwach ist und zu nichts führt, solange der Krieg anhält. Besonders da die Medien im Westen sich aus einer oberflächlichen Betrachtungsweise heraus auf den Terrorismus konzentrieren und nicht die Lösung der wahren Probleme im Blick haben, die Auslöser für den religiösen Radikalismus sind, der mittlerweile etliche Staaten in Syriens Nachbarschaft und in Europa und Amerika betrifft.

FES: Was können die europäischen Länder, insbesondere Deutschland, Ihrer Meinung nach tun, um die Gewalt in Syrien einzudämmen und dazu beizutragen, die Rechte der syrischen Frauen zu stärken?

Samar Yazbek: Ich setze keine große Hoffnung in die Deutschen – und damit meine ich die deutsche Regierung –, dass sie dem syrischen Volk helfen werden. Und ich meine hier auf politischer Ebene, denn die Weltgemeinschaft, besonders Amerika, Deutschland und England, haben bisher eine sehr schlechte Rolle gespielt.

Sie haben den Verbrechen Baschar al-Assads zugesehen, und dies schon vor den jüngsten Entwicklungen, bevor die Situation sich zugespitzt hat und es sich nun nicht mehr nur um ein Problem des syrischen Volkes mit dem Diktator Assad handelt. Jetzt gibt es den IS, die Situation ist höchst kompliziert, und den Preis bezahlen die Frauen und Kinder.

Ganz Syrien ist zerstört und zu einem Anziehungspunkt für Dschihadisten, Mörder, Söldner und sich bekämpfender Milizen geworden. Nun ist es auch nicht mehr so, dass die syrischen Frauen in den unterschiedlichen Regionen Syriens, das aufgeteilt ist in Einflusszonen der Kurden, des Regimes, des IS und der anderen dschihadistischen Gruppen, auf gleichem Niveau leben.

Es ist absolut unmöglich, die Situation in Syrien zu verallgemeinern. Denn die Frauen in den vom Regime kontrollierten Regionen leiden unter anderen Bedingungen als jene, die unter der Herrschaft des IS leben, oder jene, die in den von anderen dschihadistischen oder den übrigen bewaffneten Gruppen leben. Da muss man differenzieren.

Aber die Lage der Frauen wird sich nur verbessern, wenn das Assad-Regime gestürzt wird, und zwar zum einen durch eine politische Lösung, zum anderen, indem der IS und die anderen Dschihadisten bekämpft werden. Dafür müssen die Verantwortlichen einen besonderen Plan ausarbeiten.

Andererseits kommt von Organisationen der Zivilgesellschaft und einigen regionalen Initiativen der Bevölkerung im Westen, unter anderem in Deutschland, Unterstützung für das syrische Volk. Deshalb muss man hier auch die Bedeutung der Unterstützung der Zivilgesellschaft und jener Institutionen erwähnen, die während der Revolution entstanden sind und sich im Bereich der Bildung engagieren.

Ich habe in der Arbeit mit Flüchtlingsfrauen sowie mit Frauen, die in Syrien geblieben sind, gute Erfahrungen mit der Organisation „Frauen jetzt“ gemacht. Wir wollen die Frauen und Kinder im Bereich Bildung, Kultur, Wirtschaft und Politik fördern. Und mit meiner Unterstützung wurden einige Untergruppen der Organisation in Europa ins Leben gerufen. Alles, was ich erhoffe, ist, dass Gruppen wie „Frauen jetzt“ einen Einfluss haben

und dass sie unterstützt werden, denn die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und die Ermächtigung der Frauen und Kinder ist ein ganz wichtiger Schritt auf dem Weg des Aufbaus der Gesellschaft in der Nachkriegszeit.

*Die Fragen stellte SUSAN JAVAD, FES Berlin;
Mitarbeit: FRIEDERIKE STOLLEIS, FES BERLIN;
übersetzt aus dem Arabischen von LARISSA BENDER.*



„Stoppt Boko Haram“ steht auf dem Schild, das ein Mann im Tschad in den Händen hält. Neben Kamerun ist auch der Tschad von den Attacken Boko Harams betroffen. Tausende Flüchtlinge aus Nigeria leben mittlerweile in Flüchtlingscamps in diesen beiden Ländern – Foto: Reuters

Im Schatten des Sturms: Kameruns Frauen stellen sich der Gewalt entgegen

An Konfliktherden herrscht in Zentralafrika kein Mangel: Die Zentralafrikanische Republik versucht noch immer, ihre unterschiedlichen ethnischen Gruppen nach einem Blutvergießen ...

... miteinander zu versöhnen; in großen Teilen der Demokratischen Republik Kongo verbreiten brutale Rebellen Gruppen Angst und Schrecken – und in Burundi, wo nach vielen Jahren Bürgerkrieg Frieden einzukehren schien, geriet das sensible Gleichgewicht im Mai 2015 aus den Fugen, als Teile der Armee versuchten, den Präsidenten zu stürzen. Inmitten dieser Region ist Kamerun einer der stabileren Staaten.

Doch die Konflikte nicht nur seiner zentralafrikanischen Nachbarn, sondern auch die Westafrikas, beeinflussen auch dieses Land mit seinen 20 Millionen Einwohner_innen, das zwar reich ist an günstigen Bedingungen für die Landwirtschaft, aber arm an natürlichen Ressourcen. Nigeria, die bevölkerungsreichste Nation des afrikanischen Kontinents und Kameruns direkter Nachbar, ist zur Hochburg der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram geworden. Kameruner_innen im äußersten Norden des Landes leiden unter dieser Entwicklung, denn Boko Haram überfällt regelmäßig auch Dörfer jenseits der nigerianischen Grenze.

Vor allem Frauen, aber auch Kinder, sind die bevorzugten Ziele dieser Überfälle. Boko Haram kidnappt und versklavt sie oder zwingt sie, in ihrem Namen zu den Waffen zu greifen. Viele Familien wurden durch diese Angriffe auseinandergerissen und mussten aus ihrer Heimatregion fliehen. Die meisten dieser Binnenflüchtlinge sind Frauen. Viele wurden de facto zum Haushaltsvorstand, da ihre Männer tot oder verschwunden sind, und die wenigsten verfügen über Vermögenswerte wie Land oder Vieh, mit denen sie Geld erwirtschaften könnten.

Neue Ansätze der Krisenbewältigung

Hier setzen Vereinigungen wie „Combat Violence against Girls and Women“ an. Die Gruppe hat im nördlichsten Zipfel Kameruns an der Grenze zu Nigeria und Tschad ihren Sitz. Projektkoordinatorin Aissa Doumara erklärt: „Unsere Gruppe führt Massenveranstaltungen durch sowie Sensibilisierungskampagnen von Tür zu Tür zu gewaltfreiem Widerstand gegen die Rekrutierungen der Boko Haram bei Jugendlichen und im religiösen Umfeld. Sie bestärkt Witwen, Vertriebene und Flüchtlinge darin, nach der unfreiwilligen Trennung der Familien ihre neuen Rollen als Haushaltsvorstände zu akzeptieren.“ Einige der Frauen, mit denen die Organisation arbeitet, haben finanzielle und materielle Unterstützung erhalten, um kleine Unternehmen zu gründen. Andere wurden und werden informell darin ausgebildet, wie sie Einkommen erzielen können, um ihre Haushalte zu versorgen. Zusätz-



In Nigeria drücken viele Schüler_innen Solidarität mit den durch Boko Haram entführten Mädchen aus, indem sie ein rotes Band zu ihrer Schuluniform tragen, so wie diese Schülerin in Abuja – Foto: Reuters

lich ermutigt die Gruppe junge Mädchen zum Schulbesuch, damit sie später einen Beruf ergreifen und die Fesseln von Frühehe und Zwangsheirat abstreifen können.

Die Sicherheitsherausforderungen, denen sich Kamerun stellen muss, haben Chancen für innovative Ansätze zur Krisenbewältigung geschaffen. Immer mehr Frauen beschäftigen sich jenseits traditionell weiblicher Themen wie Gesundheit und Bildung mit Fragen der Sicherheit. Neuere Maßnahmen der Interessenvertreter_innen in diesem Bereich – Regierungen, Bürgerrechtsorganisationen und die Frauen selbst – versetzen sie mehr und mehr in die Lage, selbst zu Handelnden in Sicherheitsfragen zu werden, beteiligen sie an Entscheidungsprozessen und unterstützen sie durch theoretische und praktische Ausbildung in Friedens- und Sicherheitsinitiativen beim Erwerb neuer Fähigkeiten.

Im Angesicht von Gewalt und Konflikt haben Kameruns Frauen damit begonnen, über die Rolle, die ihnen traditionell zugestanden wird, hinauszugehen und sich stärker bei „harten“ politischen Themen wie Sicherheit und Verteidigung zu engagieren. Kameruns Armee rekrutiert Frauen seit den 1980er Jahren und einige haben es mittlerweile in höhere Dienstgrade geschafft. Im Februar 2015 wurden mehrere Frauen als Heeresinspekturinnen und als Chef der Gendarmerie Legion zu Obersten ernannt. Das Parlament Kameruns erfüllt zwar seine 30-Prozent-Frauenquote nicht, aber ein Viertel des Verteidigungsausschusses sind Frauen. Sie nehmen

an Sicherheitsdebatten teil, formulieren politische Programme mit und verabschieden Sicherheitsgesetze.

Diese Entwicklungen stimmen mit den Forderungen der UN-Resolution 1325 überein, die in diesem Jahr ihr 15-jähriges Jubiläum feiert. Resolution 1325 fordert unter anderem die Mitgliedstaaten „nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind.“ Sie gehört zu den richtungsweisenden Resolutionen, was Frauenrechte betrifft, hat aber bis heute nur begrenzt auf die Realität von Konflikten weltweit gewirkt.

In der benachbarten Zentralafrikanischen Republik (ZAR) konzentrieren sich zurzeit alle Hoffnungen auf die neue Übergangspräsidentin Catherine Samba Panza. Sie ist die erste Frau in einem Präsidentenamt in Subsahara-Afrika und die erste in einem frankophonen afrikanischen Land. Nach dem Ausbruch gewalttätiger Konflikte im Frühjahr 2013 muss sie die ZAR durch schwierige Zeiten führen. Ihr Erfolg – oder Misserfolg – hat auch Bedeutung für Kamerun, wohin mehr als 100.000 Menschen, meist Frauen und Kinder, vor dem Blutvergießen geflohen sind.

Frauen an Sicherheitsprozessen beteiligen!

Nach Aussage von Grace Manga, Doktorandin für politische und sicherheitsstrategische Studien an der University of Yaounde II, sind nur wenige Frauen in der Region Täterinnen als Teil bewaffneter Banden, Waffenhändlerinnen, Anstifterinnen und Teilnehmende von Kriegshandlungen; dagegen spielen „viele Frauen eine aktive Rolle in Sicherheitsprozessen über die humanitären und betreuenden Rollen hinaus“ als Ergebnis ihrer Aus- und Fortbildung.

Das Bewusstsein von Frauen, Teil einer politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung zu sein, wächst und diese Frauen müssen in die Lage versetzt werden, auf allen Ebenen vollständig zu partizipieren und Partnerinnen bei der Entscheidungsfindung zu sein. Frauen sind in Krisenzeiten am stärksten betroffen, sei es, weil sie als Einzige zurückbleiben, um den Haushalt zu führen, sei es als Opfer von Vergewaltigung oder anderer Formen von Gewalt. Es gilt, ihre besonderen Bedürfnisse vor, während und nach einer Krise zu berücksichtigen.



Die Übergangspräsidentin der Zentralafrikanischen Republik Catherine Samba Panza spricht in der Hauptstadt Bangui zu den Streitkräften – Foto: Reuters

Afrikanische Regierungen müssen ihre internationalen Verpflichtungen bezüglich Frauenförderung und Gleichstellung der Geschlechter erfüllen. Sie müssen ihre Judikative in dieser Hinsicht reformieren, um sicherzustellen, dass die zivile Gesetzgebung Vorrang hat vor dem diskriminierenden und marginalisierenden traditionellen Recht, das gegen Frauen und Mädchen arbeitet. Diese Regierungen müssen die demokratische Steuerung und Verfahren verbessern, um die gleichmäßige Verwendung und Verteilung des nationalen Wohlstands zu gewährleisten – damit sich Multikulturalität, Toleranz und die Anpassung unterschiedlicher sozio-kultureller, ideologischer und religiöser Vorstellungen entwickeln können und Frieden sowie Sicherheit in den Communitys und der Gesellschaft als Ganzes schaffen. All diese Anstrengungen hätten mehr Aussicht auf Erfolg, wenn die Frauen selbst an Synergien arbeiten könnten, um ihre gemeinsamen Sicherheitsprobleme zu erkennen, zu analysieren und umsetzbare Empfehlungen und Strategien für Reformen zu entwickeln.

*Autorin: SUSAN BAMUH APARA, FES Kamerun;
Mitarbeit: SUSANNE STOLLREITER, FES Kamerun;
übersetzt aus dem Englischen von DIRK LUDIGS.*



Frauen in Walikale, die vergewaltigt wurden, fordern die Strafverfolgung der Täter –
Foto: Simone Schindwein

Die Demokratische Republik Kongo: Eine Gesellschaft außer Kontrolle

In keinem Land der Welt werden so viele Frauen vergewaltigt wie im Kongo. Aber warum? Nach über 20 Jahren Krieg leiden die Männer an einem regelrechten Blutrausch, die Frauen werden zu Opfern der entfesselten Gewalt, sagen Psychologen.

Wie eine Festung überragt das Gebäude die Dächer im Herzen der ost-kongolesischen Provinzhauptstadt Goma. „Heal Africa“ steht an der Außenfassade in roten Lettern. Am Eingangstor durchsuchen bewaffnete Polizisten jede_n Besucher_in nach Waffen. Im Krankenhaus „Heal Africa“ werden seit über einem Jahrzehnt Frauen behandelt, meist nach Vergewaltigungen. Doch das Krankenhaus, betrieben von einer christlichen Organisation und finanziert von Spendengeldern, ist mehr als eine Anlaufstation für medizinische Notfälle – es verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz: von psychologischer Betreuung bis zu Starthilfeprogrammen für Frauen, die sich nach Flucht und Vertreibung ein neues Leben für sich und ihre Familien aufbauen müssen. „Heal Africa“ ist eine Trutzburg gegen den Krieg im Kongo, in dem sich sexuelle Gewalt vor allem gegen die Frauen richtet.

„Welthauptstadt der Vergewaltigung“

In keinem Land weltweit wird so systematisch vergewaltigt wie im Kongo – einem Land, in dem seit 20 Jahren Bürgerkrieg herrscht, mehr als 50 Milizen im dichten Dschungel für Chaos und Anarchie sorgen und in dem auch die Nachbarländer, allen voran Ruanda, mitmischen. Von der UN wird vor allem der Osten des Landes als „Welthauptstadt der Vergewaltigung“ oder als das „gefährlichste Land, eine Frau zu sein“ bezeichnet. Die von Menschenrechtsorganisationen und UN aufgesetzten Statistiken zeigen, dass die sexuelle Gewalt jährlich zunimmt. Über eine halbe Million Frauen sollen seit Beginn des Krieges 1998 vergewaltigt worden sein. Knapp 40 Prozent der Frauen im Ostkongo sind Opfer sexueller Gewalt. Davon werden 60 Prozent von bewaffneten Männern misshandelt. Aus diesem Grund hält sich die These der sexuellen Gewalt als Kriegswaffe. Doch was heißt das konkret und wieso geschieht dies im Kongo systematisch und so extrem brutal?

Mpofi, Bunyampuli, Luvungi, Kembe, Lubonga, Bitumi, Kasuka, Ndoruru, Brazza, Nsindo, Mera, Kibua ... – lauter einsame Dörfer in einem endlosen Meer von Grüntönen. Dschungel, soweit das Auge reicht, rund 100 Kilometer von Goma entfernt. Insgesamt 387 Menschen wurden in diesen verlassenem Dörfern im Juli 2010 in vier Tagen vergewaltigt. Darunter 300 Frauen, 23 Männer, 55 Mädchen und 9 Jungen. Das jüngste Opfer war zwei Jahre alt. Das älteste Opfer war 79. Die meisten der Frauen – ob jung oder alt – wurden mehrfach von verschiedenen Männern vergewaltigt,



Überall sind Milizionäre, die Staatsgewalt ist fern und schwach: Ein FDLR-Kämpfer patrouilliert in Kalembe – Foto: Simone Schindwein

oft sogar mit „Hilfsmitteln“: einem Stock, dem Gewehrlauf, mit Klängen der Macheten. Dass eine der Frauen darüber sprechen will, ist sehr mutig und tapfer. Ihren Namen will sie nicht nennen. Zu groß ist die Angst. Wir nennen sie Marie.

Drohungen hätten sie bereits zuvor erhalten, erzählt Marie. Wochen vor dem Angriff hatten die Rebellen der ruandischen Hutu-Miliz FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas) ihre Frauen nach Luvungi, Marias Heimatort, geschickt. Es war Markttag. Die Frauen kauften Seife und Streichhölzer, bezahlten mit Gold. „Als sie fort waren, fanden wir einen Brief“, erzählt Marie. Darin stand: „Wenn ihr Luvungi nicht verlasst, töten wir euch!“ „Der Brief war nicht unterzeichnet, doch wir wussten, woher er kam“, sagt Marie.

Die Mutter von fünf Kindern sitzt auf einem Holzstuhl in ihrer Lehmhütte ohne Fenster in dem kleinen Ort Luvungi. Es ist dunkel im Raum. Regentropfen prasseln auf das Strohdach. Marie hat ihr Baby auf dem Schoß. Es weint. Dass der Embryo im Mutterbauch damals die mehrfache Vergewaltigung überlebt hat, ist ein Wunder.

Es war spät am Abend gewesen, berichtet Marie. Jenem Abend, an dem sich ihr ganzes Leben schlagartig verändert hat. Sie lag im Bett neben ihrem Mann, der sie am Tag darauf hat sitzen lassen und nie wieder zurückgekehrt ist. Plötzlich traten Männer die Tür ein. Sie trugen Uniformen

und Waffen. „Wir sind gekommen, um uns um euch zu kümmern“, grölten sie. Sie rissen Marie an den Haaren aus dem Bett, warfen sie auf den Boden. Jeder der Männer verging sich an ihr. Ihr Mann musste zusehen. Sie vergewaltigten die zweijährige Tochter. Die schrie und schrie. Seitdem hat sie nie wieder gesprochen. Sie blutete. Dann zerrten die Rebellen Marie in den Busch und vergewaltigten sie weitere Male. Wie Marie erging es über 300 Frauen in Luvungi und den Nachbardörfern im Jahr 2010.

„Nach der Schlacht will man einfach Sex“

Der Frage nach den Motiven sind nun zum ersten Mal Wissenschaftler auf den Grund gegangen. Seit fast zwei Jahren führen deutsche Psychologen der Universität Konstanz im Ostkongo Gespräche mit demobilisierten Kämpfern der verschiedenen Rebellengruppen sowie der Armee, um herauszufinden, warum diese Männer vergewaltigen. Über 200 Exkämpfer wurden dazu befragt, viele von ihnen über Monate in einer Gesprächstherapie begleitet. „Es hat mich überrascht, wie gut es möglich ist, mit diesen Männern offen über ihre Taten zu reden“, berichtet Tobias Hecker, der selbst über 100 Täter befragt hat.

Zahlreiche Gespräche der Psychologen fanden in einer Berufsschule in Goma statt, die traumatisierten jungen Männern und Frauen eine Ausbildung ermöglicht. Das Zentrum sei nach dem Vulkanausbruch 2002 gegründet worden, sagt Direktor Pascal Zagabe. Doch mittlerweile würden hier vor allem Kriegsversehrte betreut, in der Regel Jugendliche: misshandelte Mädchen und eben auch Täter. Kein einfacher Ansatz, aber der Versuch, Mädchen und Jungen, Frauen und Männer wieder zusammenzubringen. In den vergangenen Jahren des Krieges haben sich die Geschlechter zunehmend voneinander entfernt.

Im Innenhof hocken knapp 100 junge Frauen und Männer beim Einführungsunterricht zusammen. Das Ausbildungsjahr hat gerade begonnen. Zagabe winkt einen Jungen herbei. Der 19-jährige Bonerge Kiunga sieht jünger aus, als er ist. Doch in seinen Augen liegt ein Blick, der verrät, dass er bereits viel durchgemacht hat. „Ich habe in Blut gebadet, neben Leichen geschlafen und gegessen“, beginnt Kiunga zu erzählen. Seine Lebensgeschichte sei typisch für die eines Vergewaltigungstäters, nickt Doktor Zagabe und ermutigt den Jungen weiterzusprechen.



Die Berufsschule in Goma für vergewaltigte Frauen. Nicht weit entfernt bekommen auch Täter eine berufliche Perspektive eröffnet – Foto: Simone Schindwein

Geboren in einer abgelegenen Siedlung tief im Dschungel der Region Walikale, sei sein Dorf bereits in seiner Kindheit regelmäßig von Rebellen der ruandischen Hutu-Miliz FDLR überfallen worden. Immer wieder musste die Familie fliehen. Der Vater wurde getötet, die Mutter habe er auf der Flucht verloren. Er habe nie eine Schule besucht, stattdessen wurde er vom Kommandeur seines Klans in dessen Miliz rekrutiert. Als 17-Jähriger habe er zum ersten Mal vergewaltigt, erzählt Kiunga. „Nach den Kämpfen braucht man einfach Sex“, erklärt er und berichtet von den natürlichen Drogen, die ihm sein Kommandeur eingeflößt habe. „Damit fühlt man sich, als würde einem die Welt gehören“, sagt er und auch, dass die Substanz sexuell erregend wirke. „Aber man hat uns eingebläut, man sei nur unverwundbar, wenn man keine Frau anfasse, sonst würde die Wirkung verfliegen.“ Sobald der Feind jedoch geschlagen sei, „gerät man außer Kontrolle“, so Kiunga.

Blutrausch und Kontrollverlust

Solche Aussagen haben auch die deutschen Psychologen in ihren Gesprächen oft gehört. Die Studie der Universität Konstanz liefert grob drei Erklärungsmuster für die Massenvergewaltigungen.

Wichtig sei die eigene Vorerfahrung, meist als Kindersoldat wie Kiunga: 85 Prozent der Täter sind selbst Opfer von Gewalt. Zwölf Prozent wurden

sexuell missbraucht, meist von ihren Kommandanten. 73 Prozent wurden gezwungen, Gewalt an anderen auszuüben. „Alle Täter sind gleichzeitig auch Opfer“, erklärt Hecker. Zudem werden die jungen Rekruten von ihren Vorgesetzten gezwungen, grausame Dinge zu begehen: Acht Prozent berichten, dass sie Menschenfleisch gegessen haben, 26 Prozent wurden Augenzeuge von Kannibalismus – doch dies sind nur die Extrembeispiele. Schließlich lässt sich aber festhalten: „Das Training in einer bewaffneten Gruppe führt dazu, dass die Kämpfer eine Schwelle überwinden, jenseits der dann Gewalt nicht nur Pflicht ist, sondern Spaß macht und ein Mittel ist, Dominanz auszuüben“, so Hecker. Dies führe letztlich zu einer Art Blutrausch, „einem Kick, der süchtig macht“, erklärt der Wissenschaftler.

Die sexuelle Empfindung ist gleich null

Die Psychologen stießen in den Gesprächen auf ein weiteres Phänomen: die Gruppenvergewaltigung. „Das hat nichts mit Lust zu tun, sondern mit Gruppendruck“, erklärt Hecker. Gerade dieser Akt führe zu extrem brutaler Gewalt. Denn wer vor den Augen der anderen keine Erektion bekomme, der benutze eben andere Mittel. So passiere es, dass Frauen im Kongo oft auch mit Stöcken, Gewehrläufen oder gar Macheten vergewaltigt werden. „Die Motivation dabei ist die Angst vor dem Gesichtsverlust – das sexuelle Empfinden ist gleich null.“

Die Täter-Studie gibt auch Hinweise auf Befehle zur systematischen Vergewaltigung als Kriegswaffe. 27 Prozent der befragten Täter geben an, dass Vergewaltigungen aus genau diesem Grund geschehen. Nur so lassen sich die 387 sexuellen Misshandlungen innerhalb von vier Tagen erklären: Die FDLR-Rebellen wollten sich an ihren Feinden rächen, indem sie sich an deren Frauen und Müttern vergingen. „Diese gegenseitigen Racheakte schaukeln sich hoch“, sagt Hecker.

„Gesellschaft außer Kontrolle“

Professor Thomas Elbert von der Universität in Konstanz, der die Täter-Studie angeregt hat, folgert aus den Ergebnissen: Es sei wichtig zu verstehen, dass Massenvergewaltigungen nicht kulturell bedingt sind. Eine im Oktober 2012 vom südafrikanischen Netzwerk Sonke Gender Justice durchgeführte Umfrage stellte nämlich fest, dass jeder dritte Mann im Kongo schon mindestens einmal sexuell übergriffig gewesen ist, Vergewaltigungen also nicht nur von bewaffneten Männern begangen werden, sondern auch im zivilen Leben gehäuft vorkommen. Dieses Ergebnis ließ die Schlussfolgerung zu, dass sexuelle Gewalt nicht nur eine Kriegswaffe, sondern kulturell verankert sei. Doch Elbert widerspricht:

Es gebe bei Kongolesen kein „Vergewaltigungs-Gen“, sondern die extreme sexuelle Gewalt sei die Folge des Zusammenbruchs der Staatsgewalt, gepaart mit Straflosigkeit. „Die Gesellschaft gerät schlichtweg außer Rand und Band“, so Elbert.

Die Extremform dieses Phänomens zeigte sich im November 2012 in Minova, als kongolesische Soldaten – eigentlich die Garanten der Staatsgewalt – selbst außer Kontrolle gerieten. In der 40 Kilometer südlich von Goma gelegenen Kleinstadt am Kivusee vergewaltigten Soldaten der Armee in einer Nacht über 100 Frauen. Dies geschah nach dem verlorenen Kampf gegen die gut trainierten ruandischen Tutsi-Rebellen der M23 (Bewegung des 23. März) um die Millionenstadt Goma. Eine Niederlage ohnegleichen. Völlig demoralisiert hatten sich Tausende Soldaten ungeordnet nach Minova zurückgezogen. Die Offiziere verloren die Kontrolle über ihre Truppen. Die Soldaten plünderten die Bars und Läden, ließen sich volllaufen, ballerten in die Luft. Dann kam es zu den Übergriffen.

Drei Monate später waren gerade mal zwei Soldaten für die Taten verhaftet und angeklagt worden. Erst auf Druck der UN-Mission strengte der Militärstaatsanwalt ein Verfahren an. Im Mai 2014 fiel das Urteil: Zwei Soldaten und 13 Offiziere wurden schuldig gesprochen. Eine ernüchternde Zahl angesichts der über 100 Opfer. Die meisten Frauen waren von mehreren Soldaten nacheinander missbraucht worden. So auch die 22-jährige Kaindo Bwira, an der sich in jener Nacht fünf Männer vergangen hatten. Sie ging zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Doch sie konnte die Täter nicht beschreiben. „Es war dunkel, sie trugen Uniformen, mehr konnte ich nicht sehen“, sagte sie. Aufgrund der mangelnden Identifikationsmöglichkeiten kamen die meisten Vergewaltiger letztlich straffrei davon.

Das Grundproblem: Straflosigkeit

Die juristische Aufarbeitung der Vergewaltigungen im Kongo steckt noch immer in den Anfängen. Immerhin: Nach den Vorfällen in Minova machte die Internationale Gemeinschaft Druck – und es kam Bewegung in den maroden Justizapparat. Als erster Befehlshaber und ehemaliger Milizchef in der Geschichte des Landes wurde im November 2014 General Jerome Kakwavu von Kongos Militärjustiz verurteilt: wegen Vergewaltigungen. Kakwavu hatte zwischen 2002 und 2004 die Miliz FAPC (Bewaffnete Kräfte des Kongolesischen Volkes) angeführt. „Kakwavu hatte seine Kämpfer regelmäßig in Schulen geschickt, um ihm junge hübsche Mädchen zu holen, die er als Sexsklavinnen unterhalten konnte“, schrieb Human Rights Watch in einem Bericht. Zwei dieser Mädchen sagten später vor Gericht gegen den General aus und besiegelten mit ihren Berichten sein Urteil. Er bekam zehn Jahre Haft. Das war ein kleiner, aber wesentlicher Meilenstein im Kampf gegen die Straflosigkeit bei sexueller Gewalt im Kongo.



Ein Militärrichter verliest 2014 das Urteil gegen 39 Soldaten wegen Massenvergewaltigung und Mordes. Nicht alle bekommen Gefängnisstrafen, doch ein Anfang ist gemacht: Die Straflosigkeit soll endlich aufhören – Foto: Reuters

Im September 2014 hat die Armeeführung Kongos einen landesweiten Aktionsplan gegen sexuelle Gewalt aufgesetzt – unter der Hoheit eines speziellen Beauftragten für Genderfragen innerhalb des Stabes der Streitkräfte. Eine Kommission wurde unter dem Verteidigungsminister einberufen, um die Implementierung dieses Plans zu evaluieren. Im November unterzeichnete die Armeeführung im Beisein der Sondergesandten des UN-Sicherheitsrats zum Thema sexuelle Gewalt, Zainab Hawa Bangura aus Sierra Leone, eine Erklärung: eine Art Leitlinie für alle Armeekommandanten, jegliche sexuelle Übergriffe ihrer Soldaten zu melden und vor Gericht zu bringen. Eine Schande wie in Minova darf es nie wieder geben – so die eindeutige Botschaft an die Offiziere. Immerhin.

Vor wenigen Wochen ging der kongolesischen Armee bei einer Militäroperation gegen die FDLR-Rebellen Oberstleutnant Seraphin Lionceau ins Netz, auf den ein internationaler Haftbefehl ausgeschrieben ist. Ermittlungen der UN hatten ergeben, dass er mutmaßlich für die Massenvergewaltigungen in der Region Walikale, der Heimat von Marie und des Kindersoldaten Kiunga, verantwortlich war. Er hatte den Befehl vor Ort ausgeführt. Jetzt war endlich Gelegenheit, einen der Täter vor Gericht zu stellen.

Im Innenhof des Militärgerichts in Goma riecht es nach Urin und Marihuana. Fast 100 Soldaten lungern zwischen kaputten Fahrzeugen herum. Es ist Zahltag – endlich, nach drei Monaten ohne Sold. Männer, Frauen und Kinder der Soldaten stehen Schlange, um sich die paar schmutzigen Geldscheine abzuholen. Es wird aufgebracht diskutiert. Hauptmann Sumaili Makelele lässt sich davon nicht aus der Ruhe bringen. Gelassen sitzt er in seinem Büro vor einem Stapel bunter Aktenordner voller handgeschriebener Dokumente:

Zeugenaussagen, Urteile, Klageschriften. Makelele ist erst vor sechs Wochen in den Osten versetzt worden. So richtig kennt er sich in seiner neuen Funktion noch nicht aus. FDLR? Oberst Lionceau? Luvungi? Massenvergewaltigungen? – das alles sagt ihm erst einmal nichts. Einen Haftbefehl, ausgestellt 2011? Makelele wird etwas nervös. Er schiebt die Ordner auf seinem Schreibtisch hin und her, als suche er etwas, findet schließlich einen Schlüsselbund. Damit schließt er einen alten Wandschrank auf, in dem sich Aktenordner stapeln. Viele der Papiere sind mittlerweile vergilbt und vermodert durch die Tropenfeuchtigkeit. „Wie hieß noch das Dorf mit den Vergewaltigungen?“, fragt er noch einmal nach. Nein, zu Luvungi und den Massenvergewaltigungen finde er jetzt keine Akte. Da müsse er seinen Vorgesetzten fragen, seufzt er.

Zögerlich ruft Makelele im Büro des Militärgeheimdienstes an. „Habt ihr da einen Oberst der FDLR mit dem Namen Lionceau rumsitzen?“ Jemand bestätigt das am Telefon. „Gut, dann überstellt den mal an uns, angeblich gibt’s auf den einen Haftbefehl – ich muss ihn nur noch finden“, erklärt Makelele und zuckt dann mit den Schultern. Er wirkt sichtlich verloren. Schade. Ein Gerichtsprozess zu Luvungi, nach all den Jahren – das wäre wirklich eine Sensation.

Autorin: SIMONE SCHLINDWEIN



Flüchtlingsfrauen demonstrieren 2014 in München gegen die Lagerpflicht von weiblichen Flüchtlingen und Kindern – Foto: picturealliance

„Dann schließ dich halt ein“ – Flüchtlingsfrauen in Deutschland

„Fluchtschiff“ steht auf der Plane, die das massive Floß, dicke Baumstämme auf Ölfässern, gegen die Sonne schützt. Wenige Meter weiter ein zweites Floß: „Flüchtlingsfrauen werden laut“ heißt es dort.

Während Tausende von Flüchtlingen auf untauglichen Booten versuchen, Europa zu erreichen, sind diese Frauen bereits hier: in Deutschland. Und ihre Aktion zeigt, dass längst nicht alles gut ist, wenn man das rettende Land erreicht hat. Ein Musiker hat die Fahrt organisiert. Von Nürnberg bis Berlin schipperten die Frauen aus diversen Flüchtlingsunterkünften im Herbst 2014 einmal quer durch Deutschland. Mit an Bord: Women in Exile – eine Initiative von Flüchtlingsfrauen, die sich 2002 in Brandenburg zusammengeschlossen haben, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Sie gehen davon aus, dass Flüchtlingsfrauen doppelt diskriminiert werden, durch Rassismus und als Frauen, betont Elisabeth Ngari, die Mitbegründerin von Women in Exile, Ende Januar bei der Diskussionsveranstaltung „Ohnmacht und Ermächtigung. Sexualisierte Kriegsgewalt gegen Frauen und Mädchen. Fünfzehn Jahre nach der UN-Resolution 1325“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Warum fliehen Frauen nach Deutschland? Sie fliehen, genau wie Männer, vor Krieg und Chaos, vor politischer Verfolgung. Und doch gibt es einige Besonderheiten, deren Wurzel das Patriarchat ist: Sie fliehen auch vor Genitalverstümmelung, vor Zwangsverheiratung, vor Verfolgung durch ihre Familie, wenn sie deren Moralvorstellungen nicht entsprechen, oder vor ihrem gewalttätigen Mann. Die Frauenrechtsorganisation medica mondiale, die vertreten durch ihre Gründerin Dr. Monika Hauser an der Veranstaltung mitwirkte, macht schon seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass Vergewaltigungen systematisch als Kriegswaffe eingesetzt werden. Auch ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass diese Vergewaltigungen nun als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten und vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verfolgt werden. All diese Gewaltformen setzen nicht unbedingt staatliche Verfolgung voraus, sondern es sind Sachverhalte, die eher mit der Gesellschaft, der traditionellen Familie und dem vorherrschenden Frauenbild zu tun haben. Die Heimatstaaten tun nichts, um die Frauen zu schützen. Auch das kann ein Asylgrund sein. „Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung“ nennen die Politiker_innen das.

Doch in der Praxis wird die geschlechtsspezifische Verfolgung, also die Flucht wegen weiblicher Genitalverstümmelung, wegen Zwangsverheiratung oder eines drohenden Mordes aus Gründen der vermeintlichen Familienehre, meist nicht als Asylgrund anerkannt – sondern lediglich als Abschiebehindernis: Die Frauen sind dann „geduldet“. Damit haben sie



Eine Duldung verschafft eine Atempause, ein eigenständiges Leben lässt sich mit diesem Status jedoch kaum aufbauen – Foto: picturealliance

kein Recht auf einen Integrationskurs. Gibt es freie Plätze, können sie zwar trotzdem aufgenommen werden; doch die begleitende Kinderbetreuung wurde gerade abgeschafft. Neuerdings sollen gut integrierte Geduldete nach einigen Jahren ein Aufenthaltsrecht bekommen. Aber je weniger gebildet jemand ist, desto schwieriger ist es, sich zu integrieren, etwa auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Und es gibt genug Länder, in denen Frauen kaum Bildung erhalten können. Sie sind also bei dieser Regelung deutlich im Nachteil.

Das Asylsystem in Deutschland ist, so lässt sich zusammenfassen, auf die speziellen Bedrohungslagen von Frauen oft nicht ausreichend eingestellt. Das wird an vielen „Kleinigkeiten“ deutlich, die für Frauen zur existenziellen Bedrohung werden können: Da Vergewaltigungen sehr schambesetzt sind, erzählen die Frauen den Beamten_innen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) zunächst oft nicht davon – weil es vielfach männliche Beamte sind, weil die Frau sich schämt, weil noch nicht mal ihre Familie davon weiß. Das ist also eine völlig andere Situation, als wenn jemand von erlittener Folter berichtet.

Flüchtlingsfrauen sind in der Minderheit

Etwa ein Drittel aller Asylanträge in Deutschland werden von Frauen gestellt. Laut Bilkay Öney, sozialdemokratische Integrationsministerin in Baden-Württemberg, dominieren insbesondere bei der Altersgruppe der 18- bis 34-jährigen Flüchtlinge zahlenmäßig die Männer. In den übrigen Altersgruppen sei das Geschlechterverhältnis ausgeglichen. Der *frauenpolitische dienst* zitiert sie weiter: „Frauen kommen in den meisten Fällen im Familienverband nach Deutschland ... Alleinstehende Frauen wagen sich hingegen selten auf die oft beschwerlichen und riskanten Fluchtwege, auf denen sie in viel höherem Maße als ihre männlichen Altersgenossen Gefahr laufen, Opfer von Menschenhändlern und sexueller Gewalt zu werden.“

Haben sie es bis nach Deutschland geschafft, stehen die Frauen gleich vor den nächsten Problemen: Sie sind vor Gewalttaten geflohen, können sich aber in Deutschland nicht sicher fühlen. Women in Exile, die Frauen auf dem Floß, kritisieren, dass sie in Heimen oder sogar in Turnhallen wohnen müssen, wo sie aggressiven Mitbewohner_innen kaum aus dem Weg gehen können. In so einem Heim treffen dann traumatisierte und gestresste Menschen, die sich sprachlich oft gar nicht untereinander verständigen können, auf engstem Raum aufeinander. Konflikte können nur schlecht reguliert werden, es kommt auch hier zu Gewalt. Frauen aus Kriegsgebieten, oft traumatisiert, sehen sich einer Situation ausgesetzt, die sie ein weiteres Mal traumatisieren kann.

Wer traumatisiert ist, braucht Ruhe. Die gibt es im Heim nicht. Man braucht auch Privatsphäre, in die nicht einfach jemand hineinplatzen kann. In den Heimen aber kommt die Leitung unangemeldet, die Duschräume sind oft nicht abzuschließen, der Weg dorthin führt über schlecht beleuchtete Flure. Mehr als eine Flüchtlingsfrau erzählt, dass beim Duschen plötzlich ein Mann in der Tür stand. Elisabeth Ngari von Women in Exile hat mitbekommen, wie schutzlos viele Frauen in den Sammelunterkünften für Flüchtlinge sexuellen Nachstellungen ausgesetzt sind. Sie berichtete bei der FES-Veranstaltung „Ohnmacht und Ermächtigung“, was ihr von der Heimleitung, der sie davon erzählte, erwidert wurde: „Dann schließ dich halt ein“, war die lapidare Antwort.

Wenn man physisch und psychisch stabil ist, ist so ein Satz sicher zu verkraften. Für traumatisierte Frauen ist so eine Äußerung jedoch ein Schlag ins Gesicht – und die Ankunft im vermeintlich sicheren Deutschland wird zum Albtraum.



Elisabeth Ngari bei der FES-Veranstaltung „Ohnmacht und Ermächtigung“ im Januar 2015. Sie kämpft für die Rechte von Flüchtlingsfrauen – Foto: Jens Schicke

Dazu kommt die Angst vor Neonazis und Ausländerfeind_innen. 153 gewalttätige Angriffe gab es im Jahr 2014 auf Asylbewerberheime in Deutschland, davon 35 Brandstiftungen. Das Gefühl, im Heim jederzeit Ziel eines Angriffs werden zu können, ist für Flüchtlinge, die doch gerade vor Gewalt geflohen sind, kaum auszuhalten.

Raus aus den Heimen

Eine der Forderungen von Women in Exile ist deshalb: Raus aus den Heimen und Turnhallen. Sie fordern Privatwohnungen, in die weder die Heimleitung noch andere Bewohner_innen und, im Fall häuslicher Gewalt, auch nicht der Expartner hineinkommt – und wo man nicht so leicht zur Zielscheibe für Nazis werden kann.

Mit den Folgen der erlittenen Gewalt muss jeder Flüchtling und jede Flüchtlingsfrau selbst klarkommen. Gesundheitsleistungen sind für Flüchtlinge nur in ganz akuten Fällen vorgesehen. Traumatisierte Frauen und Männer bräuchten aber psychologische Betreuung. Ein posttraumatisches Belastungssyndrom (PTSD) etwa wird wie viele psychische Krankheiten meist als chronische Krankheit eingestuft, die nicht über die Akutversorgung abgerechnet werden kann. Man kann versuchen, die Übernahme der Therapiekosten als „sonstige Hilfen“ zu beantragen, doch die Bewilligung ist meist langwierig und oft fehlen geeignete Therapeut_innen.

Frauen, die von ihrem Mann oder ihrer Familie bedroht werden, wenn sie bereits im Heim wohnen, sind im deutschen Asylsystem ebenfalls nicht vorgesehen. Dabei kann die stressige Enge im Heim solche Gewalt begünstigen. Diese Frauen können nicht ins Frauenhaus fliehen, weil niemand die Kosten übernimmt. Noch schwieriger wird es, wenn sie ihrem Verfolger aus dem Weg gehen müssen, wie viele gewaltbetroffene Frauen es tun. Dann müssten sie in einen anderen Kreis oder ein anderes Bundesland fliehen. Einen solchen Ortswechsel aber sieht das Ausländerrecht ebenfalls nicht vor.

Die Zentrale Informationsstelle der Autonomen Frauenhäuser veröffentlichte daher im März 2015 einen Forderungskatalog. Vor allem die Residenzpflicht stelle gewaltbetroffene Frauen vor riesige Probleme. Falls sie ein Frauenhaus finden, das sich so finanziert, dass es sie aufnehmen kann, ist die Frage: Wohin im Anschluss an diesen Aufenthalt? Die Behörden wollen, dass die Frau dann in das ihr zugewiesene Heim zurückkehrt – zu ihrem gewalttätigen Mann. Aus Sicht der Frauenhäuser ist das natürlich eine unzumutbare Forderung. Zudem sollten, so ein weiterer zentraler Punkt der Forderungen, alle Bundesländer den Flüchtlingen den Zugang zur Krankenkasse ermöglichen. Hamburg und Bremen gehen hier mit gutem Beispiel voran.

Geschlechtsspezifische Fluchtgründe sind nicht vorgesehen

Warum haben es geflüchtete Frauen so schwer? In der offiziellen Flüchtlingsdefinition der Genfer Konvention ist geschlechtsspezifische Gewalt nicht ausdrücklich benannt. Ein Flüchtling ist demnach eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ aus ihrem Land geflohen ist. Das Wort „Geschlecht“ fehlt. Hilfsweise werden Frauen dann als „soziale Gruppe“ definiert. In manchen Ländern wird auch klargestellt, dass Vorstellungen über Geschlechterrollen ebenfalls „politische Überzeugungen“ sein können. Deutschland ist in dieser Hinsicht nicht sehr fortschrittlich oder entgegenkommend: Die verfolgte Person muss zudem Rechtsverletzungen ausgesetzt sein, die über das hinausgehen, „was die Bewohner des jeweiligen Staates ansonsten allgemein hinzunehmen haben“, wie das BaMF auf seiner Homepage wissen lässt.



Flüchtlingen wird der Gang zum Arzt bisher erschwert. Das muss sich dringend ändern, sagen nicht nur die Frauenhäuser – Foto: picturealliance

So wurden beispielsweise Frauen, die den Taliban in Afghanistan entkommen konnten, abgelehnt mit der Begründung, dass sie lediglich das zu erwarten hätten, was allen Frauen in ihrem Herkunftsland widerfahre. Die Befürchtung dahinter ist deutlich: Theoretisch könnten alle Frauen aus einem Land, in dem etwa die Scharia gilt, in Deutschland Asyl beantragen wollen. Doch Nadja Saborowski vom Berliner Zentrum für Flüchtlingshilfe und Migrationsdienste weist darauf hin, dass eine latente Gefahr nicht als Fluchtgrund anerkannt wird: „Wichtig ist der Grad der drohenden Verfolgung. Es muss eine konkrete Gefahr für die betroffene Person geben bzw. eine hohe Wahrscheinlichkeit des Eintritts einer Rechtsverletzung.“ Die Furcht des BaMF ist also weitgehend unbegründet.

Abkommen und Konventionen: Noch nicht ausreichend umgesetzt

Nur langsam bewegt sich Deutschland in der Frage der weiblichen Flüchtlinge. Dabei hat es sich in vielen internationalen Übereinkommen zum umfassenden Schutz der flüchtenden Frauen verpflichtet. So gilt für die Bundesrepublik etwa das große Frauenrechtsabkommen der Vereinten Nationen, die Konvention zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau (CEDAW). Die Kommission, die die Einhaltung des Abkommens prüft, sieht dabei in Deutschland immer wieder Mängel: „Der Ausschuss drängt



Delegierte der 56. CEDAW-Session in Genf 2014. Der zugehörige Ausschuss prüft die Einhaltung des Abkommens durch die Unterzeichnerländer. Deutschland steht im Hinblick auf die Rechte von Flüchtlingsfrauen in der Pflicht, Verbesserungen auf den Weg zu bringen – Foto: UN Photo

den Vertragsstaat, seine Anstrengungen zur Beseitigung der Diskriminierung von Migrantinnen, Flüchtlings-, Asyl suchenden und Minderheiten angehörenden Frauen zu verstärken“, heißt es in den „Abschließenden Bemerkungen“ der Kommission, die den Staatenbericht von 2009 evaluiert. 2015 soll der nächste Bericht vorgelegt werden. Die Frauenhäuser sehen bisher aber keinerlei Verbesserungen.

Sehr viel detaillierter als der CEDAW-Ausschuss geht das Europaratsabkommen vor, das Frauen vor Gewalt schützen soll: die sogenannte Istanbul-Konvention, die Deutschland im Jahr 2011 unterzeichnet hat. Sie schreibt fest, dass Gewalt gegen Frauen als Asylgrund anerkannt werden soll. Dazu sollen gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, um geschlechtersensible Aufnahme- und Asylverfahren und dazugehörige Hilfsdienste zu gewährleisten. Zudem soll in Artikel 61 sichergestellt werden, dass Frauen „unter keinen Umständen in einen Staat zurückgewiesen werden, in dem ihr Leben gefährdet wäre oder in dem sie der Folter oder einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen werden könnten“. Die Ratifizierung und damit das Inkrafttreten des Abkommens stehen für Deutschland allerdings noch aus.

Auch das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, der UNHCR, macht darauf aufmerksam, dass Gewalt gegen Frauen oft als „privat“ wahrgenommen wird. Es hat deshalb schon 1993 Richtlinien zum internationalen Schutz vor Verfolgung in Zusammenhang mit dem Geschlecht erstellt. Die aktuelle Fassung stammt von 2002 (HCR/GIP/02/01) und betont, dass jeder der in der Genfer Flüchtlingskonvention enthaltene Fluchtgrund geschlechtersensibel auszulegen ist – um die Falle zu vermeiden, dass etwa Gewalt gegen Frauen nur als „Privatsache“ bewertet wird oder ihre feministische Überzeugung kein Grund für politische Verfolgung sein könnte.

Auf dem Papier sind flüchtende Frauen in Deutschland also relativ gut geschützt – praktisch aber fehlt es noch an vielem. Women in Exile will in diesem Frühjahr die Erfahrungen von geflüchteten Frauen mit dem deutschen Asylsystem sammeln und zu einem Forderungskatalog zusammenstellen. Zu finden sein sollte der dann unter „women-in-exile.net“.

Autorin: HEIDE OESTREICH



Fartuun Adan setzt sich in Somalia für Frauenrechte ein. Sie ist Preisträgerin des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung 2014 – Foto: Elman Peace and Human Rights Center

„Man ist nie sicher in Somalia“

**Ein Interview mit der Frauenrechtlerin
Fartuun Adan**

Nach über 20 Jahren Bürgerkrieg und Zerstörung hat Somalia seit 2012 wieder einen gewählten Präsidenten und eine formelle Regierung. Doch in Bezug auf Frauenrechte gilt Somalia noch immer als eines der schwierigsten Länder weltweit.

Insbesondere junge, alleinstehende und politisch engagierte Frauen sowie Frauen mit Migrationsgeschichte erleben oft geschlechtsspezifische Gewalt wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung und politisch motivierte Vergewaltigung. Fehlende staatliche Strukturen tragen dazu bei, dass die Täter in den seltensten Fällen zur Verantwortung gezogen werden. Fartuun Adan ist Direktorin des von ihr und ihrem Ehemann gegründeten Elman Peace and Human Rights Center in der somalischen Hauptstadt Mogadischu. Ihre Nichtregierungsorganisation (NGO) setzt sich für Frauen- und Kinderrechte ein. Nach der Ermordung ihres Mannes 1996 floh Adan mit ihren Töchtern nach Kanada. 2007 kehrte sie trotz andauernder Konflikte nach Mogadischu zurück, um ihre Arbeit u.a. mit dem Projekt „Sister Somalia“ fortzusetzen, einem Zentrum für vergewaltigte Frauen. Für ihren Einsatz erhielt Fartuun Adan im Dezember 2014 den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung.

FES: Frau Adan, sexuelle Gewalt war immer Teil der Kampfhandlungen in Somalia. Ist diese Gefahr nun mit der neuen Regierung gebannt?

Fartuun Adan: Ein großes Problem sind die Flüchtlingscamps. Die Frauen kommen aus allen möglichen Richtungen und haben dort keinen Schutz: kein Haus, keinen Mann, keine Verwandtschaft. Wir brauchen Zäune und Licht in der Nacht, damit nicht jeder hereinkann. Und wir brauchen dort viel mehr Polizei. Im Moment ist die Armee verantwortlich. Aber jeder kann sich eine Uniform kaufen und dann als vermeintlicher Soldat ins Lager spazieren.

FES: Was tut die neue Regierung, um das Problem anzugehen?

Fartuun Adan: Sexuelle Gewalt ist in Somalia ein Tabu, darüber spricht man nicht. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass über das Thema geredet werden kann. Die neue Regierung hat immerhin eingeräumt, dass es diese vielen Gewaltopfer gibt und dass wir für dieses Problem eine Lösung finden müssen: Wie können die Frauen geschützt, wie kann ihnen geholfen werden? Und wie können die Täter bestraft werden? Aber die Regierung ist sehr schwach.

FES: Human Rights Watch berichtet, dass auch die AMISON-Truppen – also die Soldaten der Friedenstruppe der Afrikanischen Union – Frauen angreifen, die zu ihren Lagern kommen und dort Hilfe suchen. Hat sich das inzwischen verändert?

Fartuun Adan: Es wird nun immerhin auch darüber geredet. Mehr Menschen schauen hin, was da passiert. Es geht dabei nicht nur um Vergewaltigung, sondern sehr oft auch um sexuelle Ausbeutung. Diese Frauen haben nichts als ihren Körper, was sie für Nahrung anbieten können. Und das ist nicht in Ordnung.

FES: Was tut die Regierung denn nun konkret, um sexuelle Gewalt zu überwinden?

Fartuun Adan: Wir haben eine Frauenministerin, die sich vor allem bemüht, die Strafverfolgung in Gang zu bringen. Wir haben auch eine „Human Rights Road Map“, einen Menschenrechtsplan. Doch der ist noch in der Diskussion. Umgesetzt ist noch nichts. Aber wir NGOs reden über diese Form der Gewalt. Wenn Frauen das im Radio hören, werden sie vielleicht auch ermutigt auszusagen.

FES: Zu lesen war, dass Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, in Somalia wegen Promiskuität angeklagt werden können.

Fartuun Adan: Ja, es gibt diese Fälle. Diese Frauen waren so mutig zu sagen, was ihnen passiert ist. Und dann wurden sie genau deshalb festgenommen. Solche Festnahmen machen unsere gesamte Arbeit wieder zunichte. Die Polizei und die Gerichte sagen immer: Woher sollen wir wissen, ob diese Frau die Wahrheit sagt? Und wir sagen dann: Egal, ob sie lügt oder nicht: Diese Frau gehört nicht ins Gefängnis. Sie haben die Aufgabe, zu untersuchen, ob dieser Fall wahr ist oder nicht.

FES: Auf welcher gesetzlichen Grundlage argumentieren Sie?

Fartuun Adan: Es gibt das formelle und das informelle Rechtssystem. Also das staatliche und das, welches auf den Ältesten der einzelnen Volksgruppen beruht. Wir nutzen beide Rechtswege. Es hängt von dem Gewaltopfer ab. Das Problem ist: Wenn die Frau den formalen Rechtsweg gehen möchte, kann es sein, dass jahrelang überhaupt nichts geschieht. Nur die Kosten für die Anwälte_innen steigen. Wir versuchen diesen Weg zu stärken, indem wir die Anwälte_innenkosten übernehmen, wo es geht. Aber wenn dann der Täter wirklich eingesperrt wird, will sich vielleicht noch die Familie an ihr, dem eigentlichen Gewaltopfer, rächen. Wählt sie den indirekten Weg, dann können Väter und Brüder etwa eine Entschädigung aushandeln.



Computer-Kurs für gewaltbetroffene Frauen im Elman Peace and Human Rights Center –
Foto: Elman Peace and Human Rights Center

FES: Wie bekommen Frauen den Mut, Gerechtigkeit über Sie von Sister Somalia zu suchen?

Fartuun Adan: Wir sind in die Camps gegangen und haben dort öffentlich über das Problem – sexuelle Gewalt und Ausbeutung – geredet. Es gibt auch eine Hotline, bei der Frauen anrufen können. Die Frauen geben auch untereinander den Tipp weiter, sich an uns zu wenden. Wir reden dann über die verschiedenen Möglichkeiten, die sie haben. Sie können etwa in unser Frauenhaus ziehen, wenn sie Gewalt erfahren haben. Dort bringen wir auch Frauen unter, die eine Genitalverstümmelung erlebt haben. Wir können Medikamente gegen Aids besorgen oder Verhütungsmittel. Wir können die Frauen auch psychologisch beraten. Und schließlich können wir sie in Kursen so weiterbilden, dass sie ein kleines Geschäft aufmachen können. Das alles wird aus privaten Spenden finanziert.

FES: Welche Art von Geschäfte sind das?

Fartuun Adan: Das hängt davon ab, welche Erfahrungen die Frauen mitbringen. Sie verkaufen etwa Kleider oder Gemüse auf dem Markt. Man kann auch Dinge in unserem Zentrum herstellen, wir haben Nähmaschinen, und man kann bei uns auch Stoffe färben. Oder die Frauen fertigen Dekorationen aus Henna an. Sie lernen mit Computern umzugehen und können ihren Lebensunterhalt dann als Sekretärin verdienen. Wir haben außerdem eine kleine Bienenfarm. Manche lernen kochen und werden Köchin.

Wir bieten den jungen Frauen auch an, Elektrikerinnen zu werden. Das ist traditionell eigentlich ein Männerberuf.

FES: Es gibt Regionen in Somalia, die noch von den islamistischen Shabaab-Milizen kontrolliert werden, die gegen die Regierung und ihre Unterstützer kämpfen. Können Sie dort arbeiten?

Fartuun Adan: Nein. Wir versuchen aber, in der Umgebung dieser Gebiete präsent zu sein und den jungen Männern eine Alternative zur Miliz zu bieten, nämlich eine Ausbildung. Wir arbeiten langfristig mit ihnen zusammen, können sie dann einigermaßen einschätzen und übernehmen im Zweifelsfall auch die Verantwortung für sie. Beispielsweise, wenn ein Hotelmanager, bei dem sie arbeiten sollen, fragt: Was mache ich, wenn dieser Typ sich hier in die Luft sprengt?

FES: Wie gefährlich ist es, den Shabaab die jungen Männer wegzunehmen?

Fartuun Adan: Bevor wir in einer Kommune anfangen zu arbeiten, schätzen wir die Sicherheitslage ein. Die lokalen Behörden müssen hundertprozentig auf unserer Seite sein und uns helfen, sonst hat es keinen Zweck.

FES: Die neue Verfassung Somalias basiert auf der Scharia, garantiert aber auch die Frauenrechte. Wie passt das zusammen? Beispielsweise im Familienrecht? Oder im Scheidungsrecht?

Fartuun Adan: Das ist einigermaßen in Ordnung. Eine Frau kann die Familie verlassen. Sie bekommt allerdings nicht die Hälfte des gemeinsam erwirtschafteten, wie im Westen. Auch die Verantwortung für die Kinder bleibt beim Mann.

FES: Sie haben eine 30-Prozent-Quote für Parlamentsabgeordnete – hat die gewirkt?

Fartuun Adan: Ja, es sind zwar keine 30, aber immerhin zwölf Prozent Frauen.

FES: Was können die dazu beitragen, dass Frauen Schutz bekommen?

Fartuun Adan: Sie sind extrem wichtig. Wir können Anwältinnen der Frauen sein, aber wichtig ist, dass es Gesetze gibt und jemand die durchsetzt. Deshalb haben wir diesmal große Hoffnung auf die Regierung.



Eine hartnäckige Kämpferin für Menschen- und Frauenrechte: Fartuun Adan bei der Veranstaltung zur Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung 2014 – Foto: Jens Schicke

FES: Sie haben eben schon über Genitalverstümmelung gesprochen. Sie ist längst verboten, wird aber immer noch praktiziert. Was könnte man tun?

Fartuun Adan: Es muss ein gesellschaftlicher Aufklärungsprozess in Gang kommen, besonders im Hinblick auf die Männer. Wenn Männer sagen, sie wollen unbeschnittene Frauen, dann wird diese Praxis verschwinden. Wir wollen, dass das Thema in den Lehrplan der Schulen kommt.

FES: Wird das Gesetz denn angewandt? Gibt es Verurteilungen?

Fartuun Adan: Nein. Die Regierung hat zwar erklärt, dass sie gegen Genitalverstümmelung ist. Es gibt aber keine Strafen.

FES: Arbeiten Sie zusammen mit den muslimischen Gemeinden?

Fartuun Adan: Ja, die Imame sind sehr wichtig. Wenn es um Bewusstseinsbildung geht, darum, wie man den Koran interpretieren sollte, um den Unterschied zu den Shabaab deutlich zu machen. Auch wenn es um Genitalverstümmelung geht, sind die Imame sehr hilfreich, wenn sie sagen: Das ist nicht islamisch, was ihr da tut.

FES: Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, die die internationale Gemeinschaft erfüllen könnte, welche wären das?

Fartuun Adan: Ich habe einen Wunsch, einen großen: In Somalia ist ein Drittel der Bevölkerung unter 30. Diese Menschen suchen Arbeit. Wenn sie keine Alternative sehen, kann die Shabaab sie anwerben. Ich will, dass die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) bei uns wieder Projekte macht, damit diese Jungen arbeiten können. Die Internationale Gemeinschaft sieht nicht, dass wir in einer ganz kritischen Phase sind. Wir verlieren diese jungen Männer wieder, wenn sie nicht arbeiten können. Die GIZ will Projekte in Somaliland und Puntland machen, aber wir brauchen sie im Süden.

FES: Sie leben in permanenter Gefährdung. Was tun Sie, um sich zu schützen?

Fartuun Adan: Nichts. Die Mehrheit der Menschen findet gut, was wir machen. Das schützt uns. Manchmal wechseln wir die Kleider, verhüllen uns, aber mehr können wir nicht tun.

FES: Sie fühlen sich nicht unsicher?

Fartuun Adan: Doch, ich fühle mich immer unsicher. Man ist nie sicher in Somalia.

Autorin: HEIDE OESTREICH

RÜCKBLICK

- 67 Demografie als Kampfbegriff
- 73 Nicht online sein, geht nicht mehr
- 79 Bis nach ganz oben? Frauen in Führungspositionen
- 83 Die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit: International verhandeln, lokal aktiv werden
- 89 Was wir uns wünschen ...
- 95 Weiterhin ein Tabu – Homosexualität in der Türkei
- 99 Eine Frage der Lohngerechtigkeit!



Bald nur noch leere Straßen und alte Menschen? Für niedrige Geburtenraten machen so manche allein Frauen verantwortlich – Foto: plainpicture

Demografie als Kampfbegriff

1,38 Kinder bekam eine Frau hierzulande im Jahr 2012 laut Statistik. Das ist ein leicht positiver Trend im Vergleich zu 2005. Dennoch gehört Deutschland damit zu den Schlusslichtern im Vergleich zu vielen anderen Ländern in der Europäischen Union. Sieht man von den europäischen Krisenländern ab, so wird Deutschland lediglich von den Staaten Osteuropas unterboten.

Der demografische Wandel ist in diesen Gesellschaften in vollem Gange und wird nicht selten als Kampfbegriff gegen die Gleichstellung der Geschlechter und gegen sozialpolitische Forderungen in Stellung gebracht.

„Das Aussterben der Nation“ stehe an. Immer wieder beschwören Politiker_innen in Ostmitteleuropa die „mangelnde Nachhaltigkeit des Sozialstaats“ oder auch den „Wert von Kindern für das Leben“. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Budapest hat im April 2015 die unterschiedlichen und doch frappierend ähnlichen Denk- und Argumentationsmuster bei einer Veranstaltung der Reihe „Dialog über Gleichstellungspolitik“ beleuchtet. Das Besondere an dieser Reihe: Hier kommen Menschen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen zusammen, um gemeinsam im gegenseitigen Respekt, über das emotional hoch aufgeladene Thema Gender zu sprechen. Deutlich wurde dabei, dass die Politik insbesondere den Frauen die Verantwortung für die Kinderfrage zuschiebt. Der Wunsch der Frauen nach ökonomischer Unabhängigkeit und gleichen Rechten wird dabei nicht selten als ein Faktor gesehen, warum die Geburtenraten in diesen Ländern schon seit vielen Jahren derart niedrig sind. Dass die Erfahrungen anderer europäischer Länder, in denen besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gelingt, in eine andere Richtung weisen, wird stur ignoriert.

Aber nicht nur gegen die Gleichberechtigung lässt sich die Demografie ins Feld führen. Auch zur Begründung von Sozialabbau kann der Begriff instrumentalisiert werden.

Demografie und Rente

In Deutschland haben wir uns beispielsweise längst daran gewöhnt, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung mit Hinweis auf die Demografie gesenkt wird. 2030 auf nur noch 43 Prozent! Dabei ist diese Rechnung viel zu simpel, wie Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, im November 2014 bei einer Veranstaltung der FES Baden-Württemberg klarstellte. Ausschlaggebend sei vielmehr die Zahl sozialversicherungspflichtiger Jobs, das Ausmaß der Frauenerwerbsbeteiligung sowie die Qualität und Entlohnung dieser Beschäftigungsverhältnisse. Die Verengung dieser Diskussion auf den Faktor Demografie sei rückwärtsgewandt, nicht selten rassistisch – weil Migration als positiv beeinflussender Faktor abgelehnt würde – und anti-emanzipatorisch

motiviert. Die Bedeutung des Ausbaus der Frauenerwerbsquote und die Erhöhung des Arbeitszeitvolumens von Frauen werden bei dieser Argumentation für die Stabilität der Rentenversicherung ausgeblendet.

Fakt ist aber auch, dass viele Menschen unter den jetzigen Gegebenheiten des Rentensystems ihre mickrige Rente aus der gesetzlichen Säule nur unzureichend mit Ansprüchen aus betrieblicher oder privater Altersvorsorge ergänzen können.

Vor allem Frauen wird diese Entwicklung hart treffen. Schon heute stellen sie die Mehrheit derer, die Grundsicherung im Alter, also Sozialhilfe, beantragen müssen. Ihre Rente reicht nicht aus, um den Lebensabend bestreiten zu können. Nach Schätzungen werden über 40 Prozent der heute 45- bis 50-jährigen Frauen in Westdeutschland Grundsicherung beantragen müssen. Im Osten sind es dagegen „nur“ knapp über 20 Prozent. Die Gründe wurzeln vor allem in der Rollenverteilung, wie sie die alte Bundesrepublik der unmittelbaren Nachkriegszeit für die Geschlechter vorsah: Frauen wurden in erster Linie als Mütter gesehen. Sie hatten einen „demografischen Auftrag“ zu erfüllen. Ihre Erwerbsarbeit war bestenfalls ergänzend zum Einkommen des Mannes vorgesehen. Mit der Bildungsoffensive der 1980er Jahre änderten sich jedoch die Lebenswünsche vieler junger Frauen. Mit höherem Bildungsstand war meist auch die Vorstellung einer eigenen beruflichen Entwicklung verbunden.

Die Lebensumstände zogen allerdings nur langsam nach. So war es in Westdeutschland bis vor kurzem äußerst schwierig, ein Kind unter drei Jahren betreuen zu lassen, um erwerbstätig zu sein. Erst der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz von 2013 hat das etwas verändert. Kein Wunder, dass viele Frauen, insbesondere Akademikerinnen, sich daher entweder bewusst gegen Kinder entschieden bzw. am Ende einfach kinderlos blieben, weil sich kein oder erst zu spät ein Partner fand, mit dem der Balanceakt von Familien- und Erwerbsarbeit machbar schien.

Alles besser im Osten?

Im Osten Deutschlands hatten sich die Rahmenbedingungen, die eine hohe Frauenerwerbstätigkeit begünstigten, im Zuge der sozialistischen Ideologie schneller verändert. Kinder zu haben und erwerbstätig zu sein, war hier kein Widerspruch. Doch es wäre weit gefehlt, daraus zu schließen,

dass der Feminismus im Osten der Republik völlig überflüssig wäre. Darin waren sich auch die Diskutantinnen der Veranstaltung „Aber wir im Osten waren doch gleichberechtigt!“ Welche Bedeutung hat der Feminismus heute“ im März 2015 in Erfurt einig. Im Privaten waren Männer und Frauen nämlich nur selten gleichberechtigt. Vielmehr „durften“ und sollten die Frauen in Ostdeutschland, neben Haushalt und Familie, eben auch erwerbstätig sein. Ihre Zuständigkeit wurde so schlicht erweitert, statt die Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern auf neuer Grundlage zu sortieren.

Auch im Osten war also wahrlich nicht alles Gold in Sachen Geschlechtergerechtigkeit. Doch waren die meisten Frauen hier schon einen kleinen Schritt weiter als viele ihrer Altersgenossinnen im Westen. Diejenigen unter den westdeutschen Frauen, die doch Kinder bekamen, sind jetzt nicht selten diejenigen, die sich auf eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus einrichten müssen. Sie haben ihre Erwerbstätigkeit oft viele Jahre wegen der Betreuung ihrer Kinder unterbrochen und dann meist nur noch in Teilzeit von maximal 20 Wochenstunden oder gar in einem Minijob gearbeitet. Der Wiedereinstieg auf einem ihren Qualifikationen entsprechenden Niveau gelang vielen dieser Frauen ebenfalls nicht. Dazu kommt, dass eine Menge typischer „Frauenberufe“ ohnehin, was die Entlohnung angeht, unterbewertet sind. Auch bestehen bei identischen Berufsbildern noch immer Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern. Damit häufen sich in vielen weiblichen Erwerbsbiografien die negativen Faktoren.

Und im Alter dann arm?

Nicht selten folgt daraus Altersarmut. Insbesondere dann, wenn die schmale Rente dieser Frauen im Haushaltskontext nicht aufgefangen werden kann. Alleinstehende haben hier natürlich besonders schlechte Karten. So auch das Fazit der FES-Fachveranstaltung „Arbeit in Teilzeit, Armut in Vollzeit?“ Altersarmut von Frauen in Deutschland“ im April 2015 in Berlin.

Dass es auch anders ginge, machte der Vortrag von Marianne Sundström, Professorin an der Universität Stockholm, deutlich. In den nordischen Ländern reduzieren ebenfalls viele Frauen und manche Männer ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes – allerdings auf weitaus höherem Stundenniveau, nämlich auf 75 Prozent einer Vollzeitstelle. Sie machen das auch überwiegend zeitlich befristet und kehren sehr viel früher



Professorin Marianne Sundström von der Universität Stockholm zeigt bei der FES-Veranstaltung „Arbeit in Teilzeit, Armut in Vollzeit?“ im April 2015 auf, dass Teilzeitarbeit in den nordischen Staaten nicht in die Altersarmut führt – Foto: Ursula Kelm

zur Vollerwerbstätigkeit zurück, als das bei den meisten Frauen in Deutschland der Fall ist. Bis zum achten Geburtstag eines Kindes haben die schwedischen Eltern beispielsweise einen Rechtsanspruch auf Teilzeit. Danach können sie problemlos wieder auf eine Vollzeitstelle aufstocken. Davon können Eltern in Deutschland nur träumen. Für sie heißt es, entweder nach der Elternzeit wieder sofort in Vollzeit einzusteigen oder unbefristet auf Teilzeit zu reduzieren. Und das bedeutet dann für die meisten: einmal Teilzeit, immer Teilzeit.

Das zu ändern, hat sich Bundesministerin Manuela Schwesig nun vorgenommen. Auch in Deutschland soll es bald kommen: das Recht zur Rückkehr von Teil- auf Vollzeit.

Autorin: SUSAN JAVAD, FES Berlin;
Zulieferungen von ESZTER KOVÁTS, FES Budapest,
DR. SABINE FANDRYCH, FES Landesbüro Baden-Württemberg,
EVA NAGLER, FES Thüringen.



Wer im Netz mitreden will, muss sich an einen rauhen Ton gewöhnen, insbesondere wenn es um Geschlechterpolitik geht – Foto: Danny Prusseit

Nicht online sein, geht nicht mehr

Das Internet ist eine Erweiterung des öffentlichen Raums, aber auch des privaten Austauschs geworden. Gerade für Medienschaffende und Aktivist_innen ist es nicht mehr wegzudenken. Themen, die in Politik und Medien (noch) nicht ausreichend behandelt werden, können in den sozialen Medien wie Twitter und Facebook, aber auch in Blogs diskutiert und verbreitet werden.

Dabei ist das Web 2.0 keine Einbahnstraße. Inhalte werden also nicht nur konsumiert, sondern Themen werden auch gesetzt, diskutiert und verändert.

Diese Möglichkeiten haben allerdings eine Schattenseite. Nicht nur der Datenschutz und das Urheberrecht stehen vor neuen Herausforderungen – es stellen sich zudem viele Fragen zur „Netiquette“ und zum Umgang mit Beleidigung und Gewalt. Die Netzgemeinde fängt an sich zu fragen: Wer darf im Netz eigentlich sprechen?

Das Internet ist als „Jungs-Projekt“ gestartet – und in vielen Bereichen spiegelt sich bis heute eine sexistisch geprägte Netzkultur. „There are no girls on the internet“ lautet daher auch eine der berühmtesten „Regeln“, die im Web kursieren. Doch was in den 1980er Jahren schon nicht stimmte, ist heute erst recht überholt. Feministische Aktivistinnen haben das Internet längst für sich als einen der Orte ausgemacht, wo Debatten angestoßen und Mitstreiter_innen gefunden werden können.

Mitreden, Themen setzen, über Probleme sprechen und Kontakte knüpfen – das ermöglicht das Internet besonders auch den Menschen, die zuvor keinen Zugang zu geschlechterpolitischen Debatten hatten. In Deutschland wurde dies im Jahr 2013 besonders eindrucksvoll durch den Twitter-Hashtag #Aufschrei demonstriert: Einige Frauen begannen hier ihre Erfahrungen mit Alltagssexismus und Diskriminierung auszutauschen. Unter #Aufschrei sammelten sich in kurzer Zeit Tausende Beschreibungen von alltäglichen sexistischen und auch rassistischen Übergriffen. Und die Debatte blieb nicht nur im Netz, sondern wurde von den Mainstream-Medien aufgegriffen und der Hashtag gewann schließlich sogar den Grimme-Online-Award.

Anne Wizorek war eine der Initiatorinnen von #Aufschrei. Infolge des Ansturms an Nachrichten in vielen Medien nahm sie zu dem Thema Sexismus Stellung und fasste ihre Erfahrungen in dem Buch „Weil ein #Aufschrei nicht reicht!“ zusammen. Dieses stellte sie am 3. März 2015 im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und des Landesfrauenrats Thüringen e. V. in Nordhausen vor.



Drohungen im Netz müssen ernstgenommen werden, weiß Caroline Criado-Perez. Es reicht aus, wenn eine Person es ernst meint. Sie ist Mitgründerin des „Women’s Room“ setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit in Großbritannien ein – Foto: Danny Prusseit

Weit unter die Gürtellinie

Bei der Veranstaltung machte sie klar: #Aufschrei war nicht nur wichtig, um über das große Problem des Alltagssexismus zu sprechen – ein wesentlicher Effekt war zudem, Frauen über Themen, die sie persönlich betreffen, sprechen zu lassen, und zu demonstrieren, dass Frau selbst Themen setzen kann. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich: Wer sich öffentlich zu Wort meldet, macht sich angreifbar. Insbesondere dann, wenn es um das Thema Feminismus geht. All jene, die sich öffentlich für emanzipative Geschlechterpolitik einsetzen, können ein Lied davon singen: Hassmails mit heftigen Drohungen, Kommentare zu Artikeln und Blogbeiträgen, die weit unter die Gürtellinie gehen, sind Alltag. Auch Anne Wizorek hat diese Erfahrungen gemacht.

Der neue Netzfeminismus verdeutlicht, wie wichtig das Engagement Einzelner sein kann, um große gesellschaftliche Themen wie Geschlechtergerechtigkeit zu diskutieren. Individuelle und persönliche Geschichten können oft darüber Aufschluss geben, wie weit vermeintlich private Probleme gesellschaftlich verbreitet sind. Diskriminierende Strukturen können auf diese Art aufgedeckt werden. Dazu gehört es auch, Privilegien zu thematisieren und auf Ungleichheiten hinzuweisen.

In dieser Absicht meldete sich 2013 die britische Aktivistin und Autorin Caroline Criado-Perez öffentlich zu Wort. Sie wollte verhindern, dass die einzige Frau, die in Großbritannien einen Geldschein ziert (Elizabeth Fry), gegen einen weiteren Mann ausgetauscht wird (Winston Churchill). Was als relativ bescheidenes feministisch motiviertes Anliegen begann, wurde umgehend mit einer vehementen und aggressiven Gegenkampagne beantwortet. Mord- und Vergewaltigungsdrohungen gegen Criado-Perez folgten sowie eine Flut an Hassmails – ein sogenannter Shitstorm.

Regelungsbedarf!

Am Ende lenkte die Bank of England ein. Ab 2017 soll Jane Austen auf der 10-Pfund-Banknote zu sehen sein. Criado-Perez hat jedoch auf bittere Weise feststellen müssen, dass das britische Recht keine ausreichende Handhabe gegen diejenigen bietet, die Drohungen online aussprechen – so das ernüchternde Fazit ihres Vortrags bei der Veranstaltung „Wessen Internet? Geschlechterverhältnisse und Gender-Debatten im Netz“ am 22. April 2015, die die FES gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchführte. Fast 300 Netzaktivist_innen und Vertreter_innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft waren hierfür nach Berlin gekommen.

Woran es bisher hapert, war schnell ausgemacht: Zwar kann man auf den meisten Webseiten Verstöße gegen die Netiquette melden, doch die Verfahren sind insgesamt kompliziert und behäbig. Wenden sich Opfer von Online-Drohungen und -Beleidigungen an die Polizei, so stoßen sie dort oft auf taube Ohren bzw. werden einfach nicht ausreichend ernst genommen. Zu wenig ausgeprägt ist bisher das Bewusstsein dafür, was Gewalt im Netz bedeutet. Dagmar Freudenberg vom Deutschen Juristinnenbund hält die bestehenden Regelungen, die für die analoge Welt geschaffen wurden, insgesamt für nicht übertragbar auf das Netz. Jedoch sei in jedem Fall die rechtliche Absicherung fairer „Spielregeln“ im Netz erforderlich. Denn diese Angriffe wirken nach: „Das Typische an Beleidigungen im Internet ist ja anders als in der ‚realen‘ Welt: Die Beleidigungen bleiben bestehen und sind für immer nachlesbar“, mahnte Freudenberg in der abschließenden Podiumsdiskussion.

Der Auftrag an die Politik war am Schluss der Veranstaltung klar: Sich einigermaßen sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können, ob digital oder analog, ist keine vermessene Forderung und gerade für viele Frauen Voraussetzung dafür, dass sie sich gesellschaftlich einbringen. Dafür braucht es Regeln, die dringend auf den Weg gebracht werden müssen.

*Autorin: EVA ELLEREIT, FES Berlin;
Zulieferungen von EVA NAGLER, FES Thüringen.*



Immerhin in den Aufsichtsräten tut sich etwas. Die Frauenquote kommt! – Foto: picturealliance

Bis nach ganz oben? Frauen in Führungs- positionen

Die Frauenquote für Aufsichtsräte in den großen DAX-Unternehmen ist beschlossen und kommt 2016. Viel zu lange hat die Politik darauf vertraut, dass sich in den Unternehmen auf freiwilliger Basis etwas ändert. Entgegen allen Beteuerungen ist die berühmte gläserne Decke jedoch kaum durchlässiger geworden.

Für die meisten Berufseinsteigerinnen ist die gläserne Decke zunächst einmal kein Thema. Sie definieren sich stark über ihre Leistungen, die, in schulischer Hinsicht, die ihrer männlichen Altersgenossen häufig überreffen. Oft sehen sie erst später, wenn ihre eigene Karriere ins Stocken gerät, dass es noch andere Faktoren gibt, die für den Aufstieg entscheidend sind. Direkte Diskriminierung ist dabei heute seltener anzutreffen als indirekte, subtilere Formen der Benachteiligung. Vor allem Frauen mit Kindern, die häufig nicht in Vollzeit tätig sind und oft nicht so flexibel jederzeit überall arbeiten können, sind hiervon betroffen. Sie werden für Führungsjobs meist gar nicht erst berücksichtigt.

Von Unternehmensseite ist jedoch immer wieder zu hören, dass man sie ja händeringend suche, die Frauen für die Führungspositionen. Die Frauen wollten jedoch nicht.

Dass der Wille zur Macht eine notwendige Voraussetzung für einen Topjob ist, unterstrich auch Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens bei der Veranstaltung „Frauen – Macht – Karriere – eine schwierige Dreiecksbeziehung“ des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Düsseldorf. Sie machte aber auch gleich klar: „Denn Macht braucht man, um Dinge zu verändern. Deshalb habe ich auch keine Scheu, Macht haben zu wollen.“

In ihrem Eröffnungsvortrag legte Kraft den Finger dann auf eine der offenen Wunden der Debatte, nämlich den Mangel an Vorbildern. Solange die Arbeitswelt ab einer gewissen Karrierestufe vor allem eine männliche sei, mache sie Frauen den Aufstieg schwer. Es brauche endlich mehr gemischte Teams in den Führungsetagen, die insbesondere den Frauen signalisieren: Ihr könnt es bis nach ganz oben schaffen!

Gesucht: Vorbilder

Der Manager_innen-Kreis der FES tut das Seine, um beim Thema Vorbilder voranzukommen. In Baden-Württemberg hat sich mittlerweile ein Businesslunch für Frauen etabliert, bei dem der jeweils themenspezifische Austausch und die Vernetzung untereinander im Vordergrund stehen. Dr. Kristina Both von der Deutschen Telekom AG machte im November letzten Jahres den Anfang. Nicole Ackermann, Miteigentümerin und Geschäftsführerin von Mouna GmbH sowie Vorstandsmitglied von Women in Film and Television Germany e. V., schloss im Februar 2015 daran an.



Es braucht Vorbilder! Hannelore Kraft bei der Veranstaltung „Frauen – Macht – Karriere“ im März in Düsseldorf – Foto: Gerhard P. Müller

Dass es mehr weibliche Vorbilder in den Führungsetagen braucht, ist inzwischen fast schon gesamtgesellschaftlicher Konsens. Dabei fällt auf, dass die Frauen, die es bisher weit nach oben geschafft haben, entweder keine Kinder oder aber zu Hause die volle Unterstützung ihres Partners bzw. ihrer Partnerin haben. Nicht wenige leben das klassische Rollenmodell in umgekehrter Besetzung. Die Frage, wie sich ein Führungsjob, dessen Arbeitsumfang meist deutlich jenseits der 40-Stundenwoche liegt, mit Familie vereinbaren lasse, ist also weiterhin offen.

„Macht und Geld sind interessante Optionen“, fasste es Melanie Kreis, Vorstandsmitglied der Deutschen Post AG, bei der bereits erwähnten Veranstaltung im März in Düsseldorf zusammen. Nachdenklich schob sie aber auch nach: „Doch ich habe selbst erlebt, dass man in Bezug auf Familie auf einiges verzichten muss, wenn man sich für die Karriere entscheidet.“ Dieser Aspekt gehört der Ehrlichkeit halber wohl dazu.

Am Ende einfach feige?

Hat die Journalistin Bascha Mika mit ihrer These, die „Feigheit der Frauen“ sei verantwortlich für deren berufliche Stagnation, am Ende etwa doch recht? Sind Frauen, insbesondere Mütter, selbst schuld, wenn sie nur am unteren Ende der Karriereleiter herumbalancieren? Fehlt ihnen schlicht der Wille zur Macht?

Ganz so einfach ist es sicher nicht. Schließlich kann es nicht nur darum gehen, Frauen voll an die Erwerbsarbeits- und Wirtschaftswelt anzupassen. Arbeiten und Wirtschaften müssen sich in diesem Zuge auch substantiell ändern. Bisher wird in vielen Unternehmen wenig dafür getan, dass sich Familie und Beruf mit Führungsverantwortung vereinbaren lassen. In den meisten Unternehmen gewinnt der- oder – seltener – diejenige mit den längsten Präsenzzeiten. Viel zu oft beeindruckt die Quantität von Arbeitsleistungen mehr als deren Qualität.

Familienfreundlichkeit ist hier einer der zentralen Begriffe. Sie wird zunehmend auch von jungen Männern bei ihrem Arbeitgeber eingefordert. Dabei kann sich hinter diesem Begriff eine große Spannweite konkreter Maßnahmen verbergen. In einem Hintergrundgespräch des Manager_innen-Kreises der FES Nordrhein-Westfalen diskutierten die Teilnehmer_innen aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen im Mai dieses Jahres mit der zuständigen Landesministerin Ute Schäfer die unterschiedlichen Ansatzpunkte für Unternehmen und den Unterstützungsbedarf vonseiten der Politik.

Familienfreundliche Unternehmen tun sich vor allem selbst einen Gefallen, so die Ergebnisse einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln: Im Vergleich zu ihren weniger familienfreundlichen Konkurrenten sind sie wirtschaftlich deutlich erfolgreicher. Wenn das kein Anreiz ist!

*Autorin: SUSAN JAVAD, FES Berlin;
Zulieferungen von JEANETTE RUSSBÜLT, FES Landesbüro NRW
und DR. SABINE FANDRYCH, FES Landesbüro Baden-Württemberg.*



Ein Hauch von Retro ... Hillary Clinton 1995 bei der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking, deren 20. Jubiläum dieses Jahr begangen wird – Foto: UN Photo

Die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit: International verhandeln, lokal aktiv werden

Frauenrechte sind Menschenrechte. Das war die einfache und klare Botschaft, die Hillary Clinton auf der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 formulierte.

Eine scheinbar banale Aussage, die nicht nur auf Menschenrechtsverletzungen an Frauen aufmerksam machen sollte, sondern zugleich die fehlende Geschlechtergerechtigkeit in Form mangelnder Aufstiegschancen sowie höherer Armuts- und Gesundheitsrisiken für Frauen thematisierte. Seitdem sind 20 Jahre vergangen und die internationale Gemeinschaft fragt sich, was in der Zwischenzeit passiert ist. Welche Ziele wurden erreicht und wie geht es nun weiter?

Tatsache ist: Die auf der Weltfrauenkonferenz in Peking formulierten Ziele sind noch lange nicht erreicht. Obwohl in vielen Bereichen Fortschritte gemacht werden konnten: Die finanzielle Absicherung und Unabhängigkeit von Frauen sind durch deren verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Krediten vielerorts gestärkt worden. Zahlreiche Projekte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Frauen sowie Bildungsprojekte sind angestoßen worden. Sie zeigen erste Erfolge.

Dennoch kann kein Land der Welt bisher behaupten, Geschlechtergerechtigkeit erreicht zu haben. Die Schauspielerin Emma Watson hat sich sehr öffentlichkeitswirksam als Botschafterin der UN-Kampagne #HeForShe (Er für Sie) für die Rechte von Frauen eingesetzt. Und sie zieht eine ernüchternde Bilanz: Es gibt auf der Welt kein einziges Land, in dem alle Frauen erwarten können, gerecht und gleich behandelt zu werden. Das liegt auch daran, dass die Zielsetzungen aus Peking nicht ausreichend umgesetzt wurden. Für Expert_innen kommt dieses Resümee wenig überraschend.

Der Blick auf weibliche Lebensrealitäten weltweit zeigt schnell, mit welchen Unterdrückungs- und Erniedrigungsstrukturen Frauen täglich zu kämpfen haben: Laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 2013 ist etwa ein Drittel aller Frauen bereits Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt in einer Partnerschaft geworden. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) kommt in ihrer Erhebung in den EU-Mitgliedstaaten zu dem Ergebnis, dass 55 Prozent der Frauen irgend-eine Form der sexuellen Belästigung erlebt haben.

Für junge Frauen in Afrika liegt die Wahrscheinlichkeit, sich mit HIV zu infizieren, doppelt bis viermal so hoch wie für gleichaltrige Männer. Frauen sind stärker als Männer vom Armutsrisiko betroffen und haben schlechtere berufliche Aufstiegschancen. In Subsahara-Afrika konnte zwischen 1990 und 2011 zwar die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze



Drei große internationale Konferenzen stehen dieses Jahr an: Im Hauptquartier der UN in New York wird die UN-Entwicklungsagenda neu verhandelt – Foto: UN Photo

leben, von 56,6 auf 46,8 Prozent gesenkt werden; doch die Feminisierung von Armut und der schlechtere Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung und Beschäftigung haben dramatische Folgen für die Versuche, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, wie die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) in einem Bericht von 2011 hervorhebt. Wie aber kann sichergestellt werden, dass die noch immer hochaktuellen Forderungen der Pekinger Aktionsplattform international weiterhin beachtet werden und tatsächlich auch in politische Prozesse einfließen?

Richtungsweisende Konferenzen

Das Jahr 2015 ist für viele globale Fragen ein Schlüsseljahr: Drei wichtige internationale Konferenzen werden darüber entscheiden, welches Gewicht dem Thema Geschlechtergerechtigkeit auf der internationalen Agenda künftig zukommt. Bei den Verhandlungen der UN-Entwicklungsagenda in New York, der Weltklimakonferenz in Paris und der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba werden jeweils Ziele formuliert, in die es die Forderungen der Pekinger Aktionsplattform zu integrieren gilt.

Auf einer Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Brüssel gingen Expert_innen der Frage nach, wie sichergestellt werden kann, dass Gender als relevante Kategorie in die anstehenden Debatten einbezogen wird. Ein wichtiger Schritt ist beispielsweise der Einsatz für ein sogenanntes

eigenständiges Ziel Gender („stand-alone“ goal) in der Post-2015-Entwicklungsagenda der UN. Teilnehmerinnen wie Dagmar Schumacher, Direktorin von UN Women Brüssel, oder auch die Europaabgeordnete Elly Schlein unterstrichen bei der FES-Konferenz die Rolle der lokalen Kämpfe für Gerechtigkeit, die Frauen und Männer selbst führen.

„Jeden Tag werden die Rechte von Frauen mit Füßen getreten“

Mit diesen Worten meldete sich auch die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zu Wort und setzte ein Zeichen für die Bedeutung internationaler Geschlechtergerechtigkeit. Sie besuchte als erste deutsche Frauenministerin seit über acht Jahren die Vereinten Nationen in New York. „Wir müssen die Lebenswirklichkeit von Frauen verändern. Überall auf der Welt. Und dazu müssen Frauen teilhaben – dort, wo es um Macht, Geld und Einfluss geht“, betonte sie vor der Generalversammlung. Sie selbst versucht durch zahlreiche Reformvorhaben einen Beitrag hierzu zu leisten. Eine Strategie für die Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema und als eigenständiges Ziel zu finden, ist in den letzten 20 Jahren jedoch keineswegs leichter geworden. Es bedarf weiterhin einer gemeinsamen Anstrengung vieler verschiedener Akteur_innen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen.

Im vorläufigen Entwurf (Zero Draft) für die Verhandlung der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung wird das Thema Geschlechtergerechtigkeit bislang noch nicht ausreichend berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund organisierte die FES in New York gemeinsam mit der Women's Working Group (WWG) – einem internationalen Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen – einen Workshop mit dem Ziel, die Gendersensibilität des Zero Drafts zu erhöhen. Mit einem kommentierten Bericht wurden die erarbeiteten Kritikpunkte in den politischen Konsultationsprozess bei der UN eingebracht. Der Entwurf wurde Paragraph für Paragraph auf Gendersensibilität analysiert und es wurden Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Dabei ging es nicht nur um die Sprache und Begrifflichkeiten des Entwurfs; auch Inhalte wie die zunehmende Bedeutung privater Unternehmen als „Entwicklungshelfer“ und die Einbeziehung von Ländern mittleren Einkommens als Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit wurden



Vandana Shiva bei der Gerechtigkeitswoche 2015 der Friedrich-Ebert-Stiftung –
Foto: Jens Jeske

kritisiert. Befürchtet wird, dass Regierungsverantwortungen bei der Entwicklungsfinanzierung nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden, sondern vielmehr ein Fokus auf die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Umfelds gelegt wird. Damit wäre indirekt auch verbunden, von den Verpflichtungen zur Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit, abzurücken, die in der Entwicklungsfinanzierung verankert sind.

Zentraler Kritikpunkt von Frauenrechtsorganisationen weltweit bleibt jedoch, dass die ökonomische Geschlechtergleichheit noch immer eher als ein Mittel zum Zweck für Wachstum denn als die Realisierung von Frauenrechten als Menschenrecht verstanden wird. Wie schon vor 20 Jahren in Peking gilt: Diese Frage ist und bleibt ein Hauptanliegen der internationalen feministischen Bewegungen.

„Die Frauen“ gibt es nicht

Insbesondere Frauen im globalen Süden sehen sich – neben den geschlechtsspezifischen Diskriminierungen – auch von strukturellen Benachteiligungen im Nord-Süd-Verhältnis betroffen, wie etwa globalen Ungleichheiten in der Ressourcenverteilung. Sozioökonomische und sozioökologische Gräben trennen die Interessen der Weltbevölkerung ebenso wie geschlechtsspezifische Unterschiede. Doch diese Gräben trennen auch die verschiedenen Lebensrealitäten von Frauen weltweit. Es handelt

sich also um eine extrem heterogene Gruppe mit vielfältigen und teils widerstrebenden Interessen. Lokale Prozesse von Arbeitsteilung, Ressourcenversorgung und Entwicklungspotenzialen lassen sich nicht von globalen Ungleichheiten trennen, sondern potenzieren diese in ihren Effekten auf die Bevölkerung. Menschen des globalen Südens sind beispielsweise wesentlich stärker von den aktuellen wie auch den drohenden Folgen des Klimawandels betroffen. Die Bevölkerung in Städten sieht sich mit völlig anderen Herausforderungen konfrontiert als Menschen aus ländlichen Gebieten.

Im Rahmen der Gerechtigkeitswoche in der FES in Berlin verdeutlichte Dr. Vandana Shiva mit einem Vortrag, wie Gerechtigkeit in globalen Zusammenhängen und in neuen Mustern gedacht werden muss. Die Folgen von Raubbau, durch die viele Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren, sind in einem größeren Zusammenhang mit globalen Wertschöpfungsketten zu verstehen. Der gemeinsame internationale Kampf für Geschlechtergerechtigkeit steht daher lokal durch spezifische soziale, ökonomische und ökologische Kontexte vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Somit braucht es auch spezifische genderbewusste Politikansätze, die die lokalen Besonderheiten einbeziehen können. Eine globale Blaupause dafür gibt es nicht.

In den letzten 20 Jahren hat sich vieles getan. Unter anderem ist das daran zu erkennen, dass Hillary Clinton für die mächtigste Führungsposition weltweit kandidiert. Aber 20 Jahre nach der Pekinger Aktionsplattform braucht es international starke Signale, um das weltweite Engagement für Geschlechtergerechtigkeit in allen relevanten Politikbereichen fortzusetzen. 2015 wird entscheidend dafür sein, ob die Weltgemeinschaft sich auf internationalen Konferenzen auf dieses Engagement einigen kann.

*Autorin: EVA ELLEREIT, FES Berlin;
Zulieferungen von DR. CÄCILIE SCHILDBERG, FES Berlin
und FRIEDERIKE KAMM, FES Brüssel.*



Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft Frauen und Männer – Foto: plainpicture

Was wir uns wünschen ...

Viele Studien belegen: Die meisten jungen Frauen und jungen Männer in Deutschland wünschen sich einen Beruf und eine Familie. Die Frage der Vereinbarkeit beider Lebensbereiche ist für sie ein zentrales politisches Anliegen.

Wohl kaum jemand kann diese These so eindrucksvoll untermauern wie Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und Arbeitsmarktexpertin. Bei der Veranstaltung „Lebensentwürfe und Familie heute – Ansätze für eine moderne Familienpolitik“ des Landesbüros Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Januar dieses Jahres machte sie aber auch klar: Nur eine kleine Minderheit verwirklicht diesen Wunsch.

Fünf Jahre deckt der Untersuchungszeitraum ihre Studie „Frauen auf dem Sprung“ ab. Fünf Jahre, in denen die Befragten Familien gründeten. In diesem Zeitraum spielte sich bei den meisten Studienteilnehmer_innen das traditionelle Rollenmodell ein: sie zu Hause oder in kleiner Teilzeitarbeit, er in Vollzeit, nicht selten mit Überstunden.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Der Mangel an bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen ist in manchen Regionen noch immer ein Thema. Aber auch die Rollenerwartungen, die eigenen und die des Lebensumfelds, beeinflussen diese Entscheidung. So ist es in vielen Regionen längst nicht selbstverständlich, Kleinkinder außer Haus betreuen zu lassen. Schließlich kommen noch finanzielle Faktoren hinzu: Das Ehegattensplitting macht das Modell „ein einziges Einkommen“ oder auch „ein Haupteinkommen plus Minijob“ besonders attraktiv. Da Männer oft noch immer deutlich mehr als ihre Partnerinnen verdienen, ist dann schnell entschieden, wer weiterhin voll berufstätig ist und wer entweder ganz aus dem Arbeitsmarkt aussteigt oder die Arbeitszeit stark reduziert.

Dass sich dieses Modell langfristig rächt, besonders dann, wenn das Paar eines Tages auseinandergeht, wird bei dieser Entscheidung nur selten mitberücksichtigt.

Lösungen müssen her

Doch wie lässt sich dieses Problem lösen? Jutta Allmendinger hatte einige Ansätze mitgebracht. Eine Umverteilung der Arbeitszeit innerhalb des Paares und über den Lebensverlauf sei zum Beispiel ein Ansatzpunkt. Statt des in Vollzeit arbeitenden Vaters und der bestenfalls in kleiner Teilzeit arbeitenden Mutter könnten beide auch in höherer Teilzeit arbeiten. Die Arbeitszeit in einer bestimmten Lebensphase zu reduzieren und in einer anderen über Vollzeit hinaus aufzustocken, sei denkbar und würde den Lebensrealitäten vieler Menschen wahrscheinlich viel eher entsprechen.



Eine qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur – für Kinder, aber zunehmend auch für pflegebedürftige Menschen – ist Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Foto: plainpicture

Damit solche Modelle funktionieren, braucht es – für Kinder, aber auch für pflegebedürftige Angehörige – eine öffentliche Betreuungsinfrastruktur, die es beiden Partner_innen ermöglicht, im Erwerbsleben zu bleiben. Die grenzenlose Flexibilisierung, gerade auch in der Kinderbetreuung, darf dabei allerdings nicht das Ziel sein. Schließlich geht es nicht darum, Väter und Mütter möglichst schrankenlos für den Arbeitsmarkt „freizustellen“. Vielmehr sollen Familien in die Lage versetzt werden, individuelle und für sie passende Lösungen zu finden, die *beiden* Geschlechtern faire Chancen auf Beruf und Familienzeit bieten.

Anderes Land, ähnliche Probleme

Nicht nur in Deutschland treibt das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ die Menschen und damit auch die Politik um. In Tschechien hat die seit Januar 2014 im Amt befindliche sozialdemokratische Regierung es sich auf die Fahnen geschrieben, die Familienpolitik des Landes nachhaltig zu modernisieren. So plant sie die Einführung eines Elterngelds, bei dem ausdrücklich beide Partner_innen Verantwortung für die Kinderbetreuung übernehmen sollen.

Diese in Tschechien kontrovers diskutierte Initiative und andere Aspekte der Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf waren im Februar Gegenstand einer Veranstaltung des FES-Büros in Prag. Insbesondere der

gewerkschaftliche Austausch zwischen Vertreter_innen aus Deutschland und Tschechien erwies sich als fruchtbar. Überraschend ähnlich sind die Problemlagen. Auch in Tschechien spielt die Betreuung pflegebedürftiger, älterer Familienangehöriger eine immer größere Rolle, wenn es um die Frage der Vereinbarkeit geht. Auch dort besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmantel der Vereinbarkeit zwar flexiblere, aber auch unsicherere Arbeitsmodelle geschaffen werden, die den Beschäftigten langfristig viele Nachteile bringen. Der deutsche Minijob lässt grüßen.

Eines der Hauptziele der Veranstaltung wurde klar erfüllt: In den Diskussionen wurde deutlich, dass die Frage der Vereinbarkeit kein „Mütterthema“ ist. Es geht die gesamte Gesellschaft an. Um befriedigende Lösungen für alle zu finden, müssen insbesondere Männer für das „Projekt Gleichberechtigung“ gewonnen werden. Wie es um sie und ihr Selbstverständnis in Ostmitteleuropa steht, war Thema einer Veranstaltung des regionalen Genderprojekts der FES in Budapest im März. Expert_innen aus Ungarn, Estland und Tschechien kamen zusammen, um über sich wandelnde Rollenvorstellungen von Männern in den jeweiligen Ländern zu diskutieren.

Bei dieser teils kontroversen Diskussion zeigte sich, dass besonders die Rolle von Männern als Väter gesellschaftlich heftig diskutiert wird. Demografische Faktoren sind dafür teilweise ausschlaggebender als gleichstellungspolitische. Alle drei Länder haben sehr niedrige Geburtenraten, und Expert_innen sind sich einig, dass dies vor allem mit der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun hat, die auch am mangelnden häuslichen Engagement der Männer scheitert.

Ein Fazit der Veranstaltung war, dass die Wortwahl zentral dafür ist, ob Männer als Verbündete im Kampf für echte Gleichberechtigung gewonnen werden können. Die Verwendung von Begriffen wie „obligatorisch“ oder „Sanktionen“ etwa in Bezug auf die Einführung eines Elternzeit- und Elterngeldmodells, in das Väter grundsätzlich eingebunden werden, könne hier kontraproduktiv sein. Von den meisten Männern sei wohl lediglich eine „progressive Ritterlichkeit“ zu erwarten, so einer der Referenten der Veranstaltung. Entsprechend könnten sich Veränderungen in den Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nur graduell ergeben. Eine Revolution – zwar nötig und von Feministinnen herbeigesehnt – sei unwahrscheinlich. Umso wichtiger sei der auf Dauer angelegte Dialog. Zu diesem leistet das Regionalprojekt Gender der FES in Ostmitteleuropa einen unschätzbaren Beitrag.

Autorin: SUSAN JAVAD, FES Berlin;

Zulieferungen von: DR. SABINE FANDRYCH, FES Landesbüro Baden-Württemberg, KATHARINA SMEJKALOVA, FES Prag, ESZTER KOVÁTS, FES Budapest.



Aktivist_innen für LSBTI-Rechte in Istanbul 2013 – Foto: Reuters

Weiterhin ein Tabu – Homosexualität in der Türkei

Homosexualität ist in der Türkei – von manchen liberalen Vierteln Istanbuls abgesehen – weiterhin ein Tabu, wenn auch kein Straftatbestand.

Die über lange Zeit mit absoluter Mehrheit der Parlamentssitze regierende AKP-Partei war wenig geneigt, an der gesellschaftlich schwierigen Lage für Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen (LSBTI) etwas zu ändern. Bei den am 7. Juni durchgeführten Parlamentswahlen ging der AKP die absolute Mehrheit nun verloren. Ob das LSBTI mehr Rechte bringt, ist bisher nicht absehbar.

Die AKP ist im Hinblick auf das Thema Homosexualität im Frühjahr 2014 mit dem Projekt aufgefallen, Sondergefängnisse für schwule, lesbische und transgender Häftlinge einrichten zu wollen – zu deren Schutz, wie es damals aus dem Justizministerium hieß. Schließlich würden sie momentan im bestehenden Gefängnisbetrieb einfach vom Hofgang und der Nutzung von Gemeinschaftsräumen ausgeschlossen. Das solle in den Sondergefängnissen dann natürlich anders sein.

Die *tageszeitung (taz)* zitierte dazu einen Sprecher der Nichtregierungsorganisation SPoD, die sich für LSBTI-Rechte einsetzt. Efe Songun stellte klar: „Das stigmatisiert Menschen und legitimiert Hassverbrechen und Diskriminierung.“

Und davon gibt es ohnehin schon genug, wie etwa im Bericht zu den EU-Beitrittsländern von 2013 nachzulesen ist. Auf der Webseite der Inter-group zu LSBTI-Rechten des EU-Parlaments lässt sich zusammenfassend lesen: „Die Türkei wurde (im Bericht) aufgrund ihrer hohen Rate an Hassverbrechen, Diskriminierung im Militär, Rechtsverstößen im Hinblick auf LSBTI-Webseiten im Internet sowie für die Streichung von Bezügen zur sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität aus einem Antidiskriminierungsgesetzesentwurf herausgestellt.“

Vor diesem Hintergrund organisierte SPoD im Vorfeld der diesjährigen Parlamentswahlen im Frühling einen fünftägigen Fortbildungsworkshop für LSBTI-Aktivist_innen, der auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Istanbul unterstützt wurde. Der Schwerpunkt des Workshops betraf die Frage, wie die 30 Aktivist_innen aus 16 türkischen Städten ihre Anliegen an die zur Wahl antretenden Parteien herantragen können.

Dieses Thema ist im Moment strategisch von großer Bedeutung, da die AKP die Erarbeitung einer neuen Verfassung auf der politischen Tagesordnung gesetzt hat und es für LSBTI-Interessenvertreter_innen zentral ist, dass diese neue Verfassung ihnen mehr Rechte und nicht letztlich



Lächeln, trotz Diskriminierung: Diejenigen, die jenseits der gängigen Normen lieben, stehen in der Türkei gesellschaftlich am Rand – Foto: Reuters

weniger als bisher bietet. Zudem ist die Arbeit am erwähnten Antidiskriminierungsgesetz noch nicht abgeschlossen und es bleibt weiterhin ein Ziel der Aktivist_innen, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität als Diskriminierungskategorien im Gesetz zu verankern.

Durch die Wahlschlappe der AKP liegen diese beiden politischen Projekte erst einmal auf Eis. Es bleibt nun abzuwarten, ob und wenn ja, welche Koalitionsregierung sich bilden wird. Das Thema der Stärkung der Rechte sexueller Minderheiten sowie der Abbau gesellschaftlicher Vorurteile gegen LSBTI in der Türkei bleibt jedoch in jedem Fall hochaktuell.

*Autorin: SUSAN JAVAD, FES Berlin;
Zulieferung von ALEXANDER GEIGER, FES Istanbul.*



Flyer der Kooperationsveranstaltung von FES und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit! – Wege aus der Entgeltungleichheit“ im Juni in Berlin – Gestaltung: Andrea Schmidt

Eine Frage der Lohngerechtigkeit!

Der Gender Pay Gap wird sich verringern! Dank des Mindestlohns. Das jedenfalls besagen Zahlen, die das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) in einer neuen Simulationsstudie errechnet hat. Diese stellte Dr. Christina Boll im Juni bei der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit initiierten Veranstaltung „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit! – Wege aus der Entgeltungleichheit“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin vor.

Um bis zu 2,5 Prozentpunkte verkleinert der Mindestlohn den Gender Pay Gap statistisch. Doch damit bleiben noch immer fast 20 Prozent – in Deutschland muss sich also noch einiges tun. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen resultiert aus mehreren Faktoren: Frauen arbeiten verstärkt in Berufen und Branchen, die generell niedrig entlohnt sind; die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen ist in Teilzeitarbeitsangebots tätig, nicht wenige sogar in Minijobs, die mit gerade mal 450 Euro Monatseinkommen gedeckelt sind. Erwerbsunterbrechungen wegen Elternzeit oder auch der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger beeinträchtigen ebenfalls das Einkommen und mögliche Karrierewege. Frauen sind hier im Vergleich zu Männern langfristig meist noch immer im Nachteil.

Der Equal Pay Day macht jedes Jahr medienwirksam auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam. In diesem Jahr fiel der Tag auf den 20. März – den symbolischen Stichtag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon von Jahresbeginn an für ihre Arbeit entlohnt werden.

Zum Abschluss des Equal Pay Day organisierte das Landesbüro Thüringen der FES eine Veranstaltung, die deutlich machte: Essenziell für Gerechtigkeit ist Transparenz. Bei der Diskussion in Kooperation mit dem DGB, dem Thüringer Frauenrat und dem Frauenzentrum Erfurt zeigte sich, dass ein Entgeltgleichheitsgesetz, wie es Bundesministerin Manuela Schwesig derzeit plant, eine wichtige Voraussetzung ist, damit sich die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließt.

Das Landesbüro Niedersachsen beteiligte sich mit Gewerkschaften und Verbänden an dem zentralen Aktionsbündnis „22% mehr wär fair!“ und initiierte eine vierteilige Veranstaltungsreihe. Mit Wissenschaftler_innen wie Dr. Christina Boll vom HWWI oder Christina Klenner von der Hans-Böckler-Stiftung sowie Politiker_innen wie Caren Marks, MdB und parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, wurden Fragen rund um den Gender Pay Gap erörtert. Außerdem wurden zukunftsweisende Modelle für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert, wie die Familienarbeitszeit, die eine staatlich geförderte Arbeitszeitreduktion mit Lohnausgleich für junge Eltern vorsieht, wenn beide Partner_innen beruflich etwas kürzer treten.

Mit den strukturellen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, damit sich die Lohnlücke schließt, beschäftigt sich auch eine neue Publi-



Manuela Schwesig ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In dieser Rolle hat sie sich viel vorgenommen. Das Abschmelzen des Gender Pay Gap ist eine Priorität auf ihrer Liste – Foto: Reuters

kationsreihe der FES in Berlin: der Equal Society Brief. In der ersten Ausgabe wurde der Blick auf die Kehrseite des Gender Pay Gap gelenkt: den großen Unterschied, der nach wie vor zwischen Männern und Frauen existiert, wenn es um die unbezahlte Arbeit geht. Noch immer sind es vor allem Frauen, die den Haushalt schmeißen, Kinder und pflegebedürftige Angehörige betreuen und das soziale Umfeld für die Familie organisieren. Das alles ist äußerst zeitintensiv – und diese Zeit fehlt dann für Erwerbsarbeit. Spätestens bei einer Scheidung, der Arbeitsunfähigkeit oder gar dem Tod des Ehepartners wirkt sich diese Konstellation für viele Frauen finanziell dramatisch aus.

Eine Lösung könnte sein, die Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen anders aufzuteilen. Dass viel dafür spricht, machte der zweite Equal Society Brief deutlich: Längst haben sich auch bei Männern die Vorstellungen darüber geändert, wie stark sie sich jenseits der Erwerbsarbeit engagieren möchten. Womit wir dann wieder bei der Familienarbeitszeit wären.

Fazit: Um die Lohnlücke tatsächlich zu schließen, müssen mehrere strukturelle Faktoren, die den Gender Pay Gap bedingen, gleichzeitig angegangen werden. Die gleichberechtigte Aufteilung von Arbeits- und Familienzeit zwischen den Geschlechtern ist dabei in jedem Fall zentral.

*Autor: JONATHAN MENGE, FES Berlin;
Zulieferung von EVA NAGLER, FES Thüringen und
FRANZISKA SCHRÖTER, FES Niedersachsen.*

PUBLIKATIONEN

- 106** Human Rights and Sustainable Development: The Beacons for Lightening New Paths for the Future in Financing Development
- 106** Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
- 107** Inside the Gap 2/3: Zeit für Familie und Beruf – Was Mütter und Väter wollen
- 107** Inside the Gap 1/3: Der Gender Pay Gap – Die *große* Lücke ist unbezahlt
- 108** Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch Landesgesetze. 10 Bausteine einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik

Human Rights and Sustainable Development: The Beacons for Lightning New Paths for the Future in Financing Development

The United Nations Third International Conference for Financing for Development (FfD) which is to be held in Addis Ababa, Ethiopia in July 2015, will gather high-level political representatives, as well as all relevant institutional stakeholders, non-governmental organizations and business sector entities, in order to assess the progress that has made in the implementation of the Monterrey Consensus and the Doha Declaration. Simultaneously, new emerging socio-economic and environmental issues have to be taken into account by amending and implementing the post- 2015 development agenda. From a gender perspective, human rights in addition to sustainable development need to be the beacons for lighting new paths for the future. In this FES Perspective, the WWG claims that FfD process needs to set the right path towards establishing just and healthy economies that promote and protect human rights and gender equality. Therefore, this publication compiles the main arguments and policy recommendation for a gender-sensitive and human rights based outcome of the FfD Process.

Zum Weiterlesen:

- Women's Working Group on Financing for Development: Human Rights and Sustainable Development: The Beacons for Lightning New Paths for the Future in Financing Development, Juni 2015, online: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/11512.pdf>

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare

Heiraten muss heute glücklicherweise niemand mehr. Manche aber möchten es – und können es nicht. Bisher steht gleichgeschlechtlichen Paaren, die ihre Beziehung formalisieren wollen, nur die Möglichkeit der eingetragenen Lebenspartnerschaft zur Verfügung. Zwar ist es über die Jahre zu einer stetigen Angleichung von Ehe und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft gekommen, doch bleiben weiterhin Unterschiede bestehen. Diese abzubauen, kann nun entweder über den Gerichtsweg erreicht werden oder über den Gesetzgeber. Die Öffnung der Ehe für

gleichgeschlechtliche Paare wäre dabei aus gleichstellungspolitischer Perspektive sicher die kohärenteste Lösung. Doch immer wieder ist in der Diskussion zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu hören, es bestünden verfassungsrechtliche Bedenken. Darf der Gesetzgeber am Ende gar nicht in dieser Sache tätig werden bzw. bräuchte es dafür eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament? Dieses Gutachten gibt eine Antwort auf diese hochaktuelle Frage.

Zum Weiterlesen:

- Wapler, Friederike: Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2015, online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11459.pdf>

Inside the Gap 2/3: Zeit für Familie und Beruf – Was Mütter und Väter wollen

Diese zweite Ausgabe des Equal Society Brief legt den Fokus auf die Frage der Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit.

Zum Weiterlesen:

- König, Barbara; Menge, Jonathan; Schildmann, Christina: Inside the Gap 2/3: Zeit für Familie und Beruf – Was Mütter und Väter wollen, März 2015, online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11431.pdf>

Inside the Gap 1/3: Der Gender Pay Gap – Die große Lücke ist unbezahlt

Diese erste Ausgabe des Equal Society Brief legt den Fokus auf die Seite des Gender Pay Gap. Mit dem Gender Pay Gap hängt nämlich noch eine weitere Zeitlücke zusammen: der „Gender Unpaid Gap“, in dem der eigentliche geschlechter- und arbeitsmarktpolitische Skandal liegt

Zum Weiterlesen:

- König, Barbara; Menge, Jonathan; Schildmann, Christina: Inside the Gap 1/3: Der Gender Pay Gap – Die große Lücke ist unbezahlt, März 2015, online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11286-20150513.pdf>

**Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch Landesgesetze.
10 Bausteine einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik.
Eine Handreichung**

Die Novellierung gleich mehrerer Landesgleichstellungsgesetze in Deutschland bedeutet eine große Chance, neue Weichen für eine geschlechtergerechtere Gesellschaft zu stellen. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist es darum naheliegend, diesen wichtigen Prozess zu unterstützen. Im Auftrag der FES haben die Autorinnen zahlreiche Landesgleichstellungsgesetze und Entwürfe für Landesgleichstellungsgesetze durchforstet – auf der Suche nach den besten Praxisbeispielen für kluge, erfolgversprechende Regelungen. Die drei Expertinnen wurden vielfach fündig. Das Ergebnis ihrer Recherche stellen sie nun der Allgemeinheit zur Verfügung. Darüber hinaus schlagen sie Erweiterungen und Ergänzungen vor und liefern die jeweilige geschlechterpolitische Begründung sowie Formulierungsvorschläge. Die Handreichung richtet sich an all diejenigen, die die Reform der Landesgleichstellungsgesetze voranbringen und die Chance nutzen möchten, geschlechterpolitisch einen großen Schritt nach vorne zu gehen.

Zum Weiterlesen:

- Stiegler, Barbara; Schmalhofer, Heike und Woedtke, Almut von: Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch Landesgesetze. 10 Bausteine einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik. Eine Handreichung, 2015, online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11247.pdf>

WIR MACHEN GENDER!

- 113** Das Referat Globale Politik und Entwicklung in der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit
- 119** Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Cäcilie Schildberg ist Referentin für Gender in der Abteilung für Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin – Foto: Jens Schicke

Wer „macht“ eigentlich Gender in der Friedrich-Ebert-Stiftung?

**Das Referat Globale Politik und Entwicklung
in der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit**

Im Interview erklärt Dr. Cécilie Schildberg, zuständig für Genderfragen im Referat Globale Politik und Entwicklung, wie die Arbeit zum Thema Gender auf globaler Ebene aussieht und welche Themenschwerpunkte aktuell bearbeitet werden.

FES: Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist in fast 100 Ländern vertreten. Ihre einzelnen Büros in den unterschiedlichen Regionen arbeiten entsprechend der jeweiligen Situation vor Ort zum Thema Gender. Was ist dagegen die Aufgabe des Referats Globale Politik und Entwicklung hier in Berlin?

Cécilie Schildberg: Wir begleiten unter anderem die UN-Prozesse auf globaler Ebene. Wir unterstützen zum Beispiel die Women's Major Group (WMG), eine der neun zivilgesellschaftlichen Gruppen, die bei der UN Konsultativstatus haben und folglich in die Beratungs- und Verhandlungsprozesse eingebunden sind. Wichtig ist dies gerade jetzt, da auf UN-Ebene die neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung formuliert werden. Uns geht es darum, dass diese Ziele die Belange und Lebensrealitäten von Frauen berücksichtigen. Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung kann nur dann erreicht werden, wenn Geschlechtergerechtigkeit als ein zentrales Anliegen anerkannt wird.

FES: Es wird nun auch Bilanz der bisherigen Millenniumsentwicklungsziele gezogen, die im Jahr 2000 vereinbart wurden und bis 2015 erreicht werden sollten. Wie fällt die Bilanz in Bezug auf Frauen aus?

Cécilie Schildberg: Es gab einige Fortschritte. Wir haben global gesehen mehr Frauen in der Politik – sie sind also besser repräsentiert als noch vor 15 Jahren. Es gehen auch mehr Mädchen zur Schule. Die rund 450 NGOs, die in der WMG vertreten sind, kritisieren jedoch, dass es keine kohärente Genderstrategie in allen Themenbereichen gibt. Vielmehr lassen sich große Widerstände liberal-konservativer Strömungen gegen die Verwirklichung von Frauenrechten auf internationaler Ebene konstatieren. Die große Sorge ist, dass es zu einem Rückfall hinter die bereits bei der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 erreichten Fortschritte kommen kann.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten über Entwicklungsfinanzierung, wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung oder die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten spielen geschlechterbezogene Ungleichheiten

natürlich eine Rolle. Die Feministische Ökonomie stellt dabei einen Themenschwerpunkt dar, den wir uns eigenständig setzen: Wie kann eine geschlechtergerechte Wirtschaft aussehen? Wie kann man etwa unbezahlte oder unterbezahlte Arbeit von Frauen sichtbar machen und aufwerten? Schließlich basiert unsere Wirtschaft auf zwei bisher ausgeblendeten Säulen: der Sorgearbeit und der Natur. Beide werden schlicht als unproduktiv deklariert und fallen damit aus den ökonomischen Bilanzen raus. Das ist einfach zu kurz gedacht, denn so kann weder nachhaltige Entwicklung noch nachhaltiges Wirtschaften entstehen. Wir versuchen diese Perspektive auf internationaler Ebene zu stärken – ebenso wie die Notwendigkeit einer rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Mädchen sowie die Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen.

FES: Könnte man es so zusammenfassen, dass Sie versuchen, Gender-Mainstreaming in diese Ziele zu integrieren?

Cécilie Schildberg: Ja, schon. Allerdings muss neben der Forderung, dass in allen Bereichen die Genderaspekte mitgedacht werden, auch ein eigenständiges Ziel für die Entwicklung der Frauen bestehen bleiben. Dafür braucht es aber konkrete Vorschläge, die die Zivilgesellschaft in den Prozess einbringen. Eine große Befürchtung der WMG ist beispielsweise, dass die Rolle der Privatwirtschaft überbetont wird und die Staaten damit aus der Pflicht für die Umsetzung der Ziele entlassen werden. Wir müssen klarmachen, dass unser Adressat der Staat ist. Es geht um Menschenrechte, und die muss er garantieren.

Ein weiteres Ziel ist, Frauen als Akteurinnen anzuerkennen, als „agents of change“. Allzu oft werden Frauen und Mädchen lediglich als Opfer von Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten verstanden, denen „geholfen“ werden muss. Oder sie werden als Mittel zum Zweck verstanden. Letzteres passiert beispielsweise, wenn ein verbesserter Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt damit begründet wird, dass dies ökonomisches Wachstum generiere. Das ist in der Sache nicht falsch, aber es verkennt, dass Frauen das gleiche Recht auf ökonomische Unabhängigkeit haben wie Männer. Um das Recht auf gleiche Chancen, Teilhabe und Entwicklung auch tatsächlich in Anspruch nehmen zu können, bedarf es umfassender struktureller Veränderungen, und diese fordern viele zivilgesellschaftliche Gruppen ein, nicht nur die WMG.

FES: Das Referat Globale Politik und Entwicklung ist ja Teil der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ). Wie gelingt es, Gender über Ihr Referat hinaus in Ihre relativ große Abteilung zu integrieren?

Cécilie Schildberg: Gender wird in den IEZ-Planungsprozessen von Beginn an mitgedacht – wir haben es sozusagen „gemainstreamt“. Dazu gibt es ein System von Genderchecks: So soll sichergestellt werden, dass beispielsweise bei einer Veranstaltung, einer Diskussion oder in einer Expertise Genderaspekte Eingang finden und Fraueninteressen berücksichtigt werden. Wie überall gelingt das mal besser und mal schlechter.

Darüber hinaus ist in jedem Auslandsbüro eine Person für Gender zuständig und hält auch die Kontakte zu den frauenpolitischen Akteur_innen vor Ort. Über unsere Büros weltweit stoßen wir Diskussionsprozesse in unterschiedlichen Regionen an und ermöglichen globale Austauschprozesse. So haben wir zum Thema Sorgeökonomie ein Konzeptpapier entwickelt, in dem wir den Sorgebegriff (Care) erweitern und mit den Prinzipien ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Hierdurch versuchen wir, die politischen Debatten um nachhaltiges Wirtschaften zu verbinden mit den feministischen Debatten um eine Anerkennung und Umverteilung von Sorgearbeit. Diese Verknüpfung ist noch recht neu, wird aber künftig immer wichtiger werden. Bedeutende Partner_innen sind dabei die International Association for Feminist Economics (IAFFE) sowie feministische Expert_innen aus anderen Bereichen. Noch laufen diese Diskussionen aber eher in Fachkreisen. Ziel ist es, sie auch in andere Kreise zu tragen – ins gewerkschaftliche Umfeld und in die Politik.

FES: Was kommt als Nächstes?

Cécilie Schildberg: Wir wollen uns zukünftig wieder stärker mit der Frage der Akteur_innen weltweit auseinandersetzen: Wie steht es um die internationale Frauenbewegung(en)? Was sind ihre Themen? Wie können wir die neuen feministischen Strömungen unterstützen? Dazu wird es ein abteilungsweites Projekt geben. Gerade mit Blick auf die Umsetzung der neuen Entwicklungsagenda und die Gestaltung sozial-ökologischer Transformationsprozesse wird dies wichtig sein. Neben der internationalen Gewerkschaftsbewegung wird die internationale Frauenbewegung eine zentrale Akteurin für die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit sein. Neue Allianzen und Ideen sind dafür notwendig.

Autorin: Heide Oestreich

Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert eine Reihe genderbezogener Promotionen in unterschiedlichen Fachrichtungen. Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten können bei Dr. Ursula Bitzegeio (Ursula.Bitzegeio@fes.de) erfragt werden.

Genderbezogene Promotionsprojekte

Frauenleadership als Faktor von Gendergerechtigkeit in Kirgistan.

Doktorandin: Nazira Alymbaeva

Figurationen des „Fetischen“. Zur Ästhetik projektiver Beziehungen in der Litaeratur

Doktorand: Matthias Bock

Gewalt oder Demokratie: Eine Studie zum politischen Islam

Doktorandin: Tachafine Chaara

Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung – eine vergleichende Analyse der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Doktorandin: Jasmina Crčić

Die Rolle der Frau im Spiegel der Gräber der älteren Bronzezeit in Südskaninavien

Doktorandin: Gesche Friesicke

Glocal Bodies: Dancers in exile and politics of place

Doktorandin: Elaheh Hatami

Schulabbrecher/innen in Berlin. Doktorandin: Sarah Ninette Kaliga

Aktuelle Perspektiven auf weibliche Sexualität

Doktorandin: Verena Klein

Amores imposibles - die Homoerotik Federico Garcia Lorcás in seiner Lyrik

Doktorandin: Jania Kudaibergen

Unity in Diversity? Fremdbilder, Konfliktpotenzial und religiöse Identitäten in städtischen Diversitätskonzepten. Doktorandin: Alexa Kühnen

Hauskrankenpflege in der Ukraine - eine Pflicht der solidarischen Gesellschaft? Der Beitrag von Caritas International in der Entwicklung einer Hauskrankenpflege in der Ukraine.

Doktorandin: Halyna Levkiv

Geschlechterentwürfe im Werk Lou Andreas-Salomes

Doktorandin: Valerie Maria Lukassen

Intimate Partner Violence in Modern Russia

Doktorandin: Ksenia Meshkova

Der Kampf um die Vulva hat begonnen: Intimchirurgie als biopolitische Technologie des Selbst zwischen Zwang und Selbstermächtigung.

Doktorandin: Anna-Katharina Meßmer

Die „gute“ Familie in Ost- und Westdeutschland?! Eine qualitative Untersuchung von Familienbildern ost- und westdeutsch sozialisierter pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen

Doktorandin: Margaret Pardo-Puhlmann

Bildungschancen von Frauen in Tansania und der Einfluss von Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel der Hochschulbildung

Doktorandin: Christine Piehl

Das Recht auf angemessene Vorkehrungen im Gleichbehandlungsrecht aus arbeitsrechtlicher Perspektive

Doktorandin: Cathleen Rabe-Rosendahl

Elicitation of risk preferences of rural households in Thailand

Doktorandin: Sarah Sakha

Die Frauenrechtssituation in Ägypten 30 Jahre nach Inkrafttreten der CEDAW. Bestandsaufnahme und Ausblick

Doktorandin: Nora Salem

Frauen in Führungspositionen und Emotionsregulierung. Handlungsnormen, Deutungsmuster und Affektkontrolle in Organisationen

Doktorandin: Elgen Sauerborn

Vom Spät- zum Postsozialismus: Eine historische Analyse von Partnerschaften in der späten DDR und in Ostdeutschland

Doktorandin: Eva Schäffler

Alt, arm, anders . Biographien, Lebenswelten und Pflegebedürfnisse älterer schwuler Männer

Doktorandin: Lea Johanna Schütze

Diversität der islamischen feministischen Diskurse bei den feministischen zeitgenössischen Denkerinnen Fatima Mernissi und Saba Mahmood

Doktorandin: Lana Sirri

ANSPRECHPARTNER_INNEN IN DER FES FÜR DAS THEMA GENDER:

Zentrale Aufgabe Genderkoordinierung in der Friedrich-Ebert-Stiftung,

Forum Politik und Gesellschaft, Abteilung Politischer Dialog:

Dr. Stefanie Elies, Stefanie.Elies@fes.de

Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Globale Politik und Entwicklung: Dr. Cäcilie Schildberg, Caecilie.Schildberg@fes.de

Abteilung Internationaler Dialog, Referat Westeuropa/Nordamerika:

Kristin Linke, Kristin.Linke@fes.de

Projekt Geschlechtergerechtigkeit in Ostmitteleuropa: Eszter Kováts, eszter.kovats@fesbp.hu

Gesamtkoordination und -redaktion des Gender-Infobriefs: Susan Javad •

Referentin im Forum Politik und Gesellschaft • Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Organisatorische Betreuung des Gender-Infobriefs: Stephanie Tröder •

Forum Politik und Gesellschaft • Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Lektorat: Heike Herrberg

Grafische Gestaltung: Andrea Schmidt • Typographie/im/Kontext, Dominik Ziller • DZGN

Programmierung: Alexander von Falkenhausen • www.avf-works.com

Verantwortlich: Stefanie Elies • Leiterin des Forum Politik und Gesellschaft, FES

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft •

Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

ISBN 978-3-95861-200-6

© 2015 • Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft • www.fes.de